Einzelnummer 30 Pfg.

Volksstimme

Redaktion:
Halle a. S., Gr. Brauhausstraße 17
Fernsprecher 6802
Sprechstunde täglich von 1/2 12—1/2 1 Uhr.

Organ der Sozialdemokratischen Partei
in Halle und sämtlichen Kreisen im Regierungsbezirk Merseburg.
Erscheint mit der Sonntags-Unterhaltungsbeilage „Der Gesellschafter"
jeden Werktag nachmittag.

Verlag und Expedition:
Halle a. S., Große Ulrichstraße 27
Fernsprecher 5407
Postscheckkonto Leipzig Nr. 87573.

Nr. 181 | Bezugspreis: Durch Austräger zugestellt monatlich 5.— Mk. einschließlich Trägerlohn. Für Abholer 4.50 Mk. Durch Postbezug im Briefsatz 13.50; monatlich 4.50 Mk. Bestellgeld extra. | Halle, Mittwoch, den 4. August 1920 | Anzeigenpreis: Im achtspalt. Anzeigenteil 60 Pf., Reklame im Textteil 2.50 Mk. f. d. Millimeter-Höhe. Kollektivanzeigen 50% Aufschlag. Schluß der Anzeigen-Annahme für die nächste Ausgabe morgens 9 Uhr. | 4. Jahrgang

Zur Kriegsschuldfrage auf dem Genfer Kongreß.

Die „zu spät gekommene" Revolution.

In ihrer Denkschrift an den Kongreß der Internationale in Genf hat die deutsche Sozialdemokratie bei der Frage ihrer Schuld am Ausbruch des Krieges, freimütig erklärt, daß der Krieg wohl sicher nicht entstanden wäre, wenn der Umsturz der Machtverhältnisse, der als Folgeerscheinung des Krieges sich im November 1918 vollzog, schon vor dem Kriege zur Tat geworden wäre. Sie hat dabei als ihr Verschulden bekannt, daß sie vielleicht nicht emsig und intensiv genug diesen Machtumsturz betrieben und die Revolution herbeigeführt hat, noch ehe der deutsche Imperialismus seine Kriegsverbrechen begehen konnte. Die Internationale hat mit großer Bereitwilligkeit diese Selbstanschuldigung aufgegriffen und ihr in der am Sonntag ausgearbeiteten Resolution zur Kriegsschuld einen hervorragenden Platz angewiesen. Es heißt da:

In weiterer Erwägung dessen, daß die deutsche Sozialdemokratie selbst einsieht, daß die deutsche Revolution zum Unglück der ganzen Welt und besonders auch des deutschen Volkes selber um 5 Jahre zu spät gekommen ist, und daß es eine Schuld ist, deren die deutsche Sozialdemokratie sich anklagen muß, ihr nicht schon früher den Weg geebnet zu haben, usw.

Nach unserer Ueberzeugung ist diese Anklage von allen, die gegen unsere Partei erhoben werden können, die am wenigsten stichhaltigste. Wenn die deutsche Erklärung in Genf sie selber ausgesprochen hat, so ist das unseres Erachtens nur als Ausfluß übergroßer Gewissenhaftigkeit zu bewerten. Wie ein Beichtender auch seine Eventualsünden dem Ohr des Beichtvaters anvertraut, aus Furcht, irgend etwas zu verschweigen, und Selbstanklagen erhebt in Dingen, wo er selber sich schuldlos weiß, aber irgend ein Dritter eine Sünde erblicken könnte, so hat die deutsche Sozialdemokratie auch diesen Punkt vorgebracht, der freilich in den Anklagen der Oeffentlichkeit eine Rolle gespielt hat, aber bei dem gerade das wirkliche Verschulden am wenigsten auf ihrer Seite liegt. Unseres Erachtens hätte die Konferenz darauf erwidern müssen: Es ist zwar sehr möglich und zeugt von tiefer Gewissenhaftigkeit, daß Ihr Euch hier selber eine Schuld beimeßt, aber wir wollen gerne anerkennen, daß die Schuld nicht an Euch, sondern in den Tatsachen liegt.

Gewiß ist die Feststellung unanfechtbar, daß eine siegreiche Revolution des deutschen Proletariats im Jahre 1913 den Kriegsausbruch 1914 verhindert hätte. Praktisch ist diese Erkenntnis aber nicht mehr wert als etwa die Feststellung, daß die Revolution von 1848 anders ausgelaufen wäre, wenn es damals ein organisiertes Proletariat gegeben hätte, oder der Ausruf Napoleons auf St. Helena beim Anblick eines Dampfers „Hätte ich das gehabt, so gäbe es kein England mehr".

Hat die Vorstellung, eine deutsche Revolution hätte dem Weltkrieg zuvorkommen können, denn irgend welche Realität? Nur Leute können heute darin schwelgen, die jedes Gedächtnis für die Zustände und Machtverhältnisse in Deutschland vor dem Weltkrieg verloren haben. Wir spüren heute, lange nach der Revolution, noch auf Schritt und Tritt, wie ungeheuer geschickt und tief das alte System verankert war. Fünfhundert Jahre hat es Zeit gehabt, Brandenburg-Preußen mit seinen Netzen zu überziehen. Es war verankert in einem raffiniert ausgesiebten Offizierkorps und Beamtenstab, in Klassenwahlrechten und Herrenhäusern, in seiner Verbindung mit der Kirche, in der seiner Aufsicht unterworfenen patriotischen Schulerziehung, in einer nach seinen Interessen richtenden Justiz, in einem System von Aufsichtsrechten und Bevormundungen, in tausend Möglichkeiten, die ihm ergebene Gesinnung zu belohnen und auszuzeichnen. Ueber die Macht der Generäle, der Landräte, der Pastoren, der Richter, über die zehntausend Mittel und Mittelchen des alten Systems, die Bevölkerung teils bei guter Laune, teils in sklavischer Ergebenheit zu halten, ließen sich dicke Bände schreiben.

Dies alles mit einem großen Schlag besiegen zu wollen, wäre vor dem Krieg lächerlicher Wahnsinn gewesen. Wenn die Sozialdemokratie die Revolution nicht machte, so deshalb, weil sie nicht zu machen war. Erinnert man sich nicht mehr, wie Bismarck auf die Gelegenheit lauerte, die Arbeiterbewegung im Blute ersticken zu können? Die angeblich versäumte Revolution wäre ausgeführt nur der vollkommene Triumph der Reaktion geworden. Uebrigens trifft dieser Vorwurf ja alle Teile der Sozialdemokratie, auch die heutigen Unabhängigen und Kommunisten. Es ist kein Vorwurf, sondern ein Lob für die Sozialdemokratie, sich von kopflosem Wahnsinn freigehalten zu haben. Wir können bedauern, daß vor dem Krieg unsere Kräfte zur Revolution nicht ausgereicht haben, aber auch das ist nicht die Schuld der Leute, die Tag und Nacht mit Hingabe ihrer ganzen Persönlichkeit für die Sache der Arbeiterschaft gekämpft haben, sondern der Dumpfen und Flauen, die nicht aufzurütteln waren.

Die Revolution konnte erst kommen, als das alte System durch vierjährigen Krieg sich selbst seiner Stützen beraubt hatte. Und selbst noch im Januar 1918 erwies es sich als stärker als die Arbeiterbewegung. Erst die vollständige militärische Niederlage machte es reif zum Zusammenbruch.

Die deutsche Arbeiterbewegung war vor dem Kriege die stärkste aller Länder, aber zur gewaltsamen Revolution viel zu schwach. Die Schuld der deutschen Sozialdemokraten ist also keineswegs größer, sondern eher geringer als die der englischen, französischen usw. Parteigenossen, daß sie in ihren Ländern nicht vor dem Kriege die soziale Revolution herbeigeführt haben. Eine Revolution als Antwort auf den Kriegsausbruch hätte diesen weder verhindert noch zu irgend einem Resultat geführt. Das Gegenteil kann heute auch nur der behaupten, der einfach nicht mehr weiß oder nicht mehr wissen will, wie es vor fünf Jahren in Deutschland aussah.

Revision des Friedensvertrages auf der Londoner Konferenz.

London, 3. Aug. Nach einer Meldung der „Times" aus New York hat Wilson sich dahin ausgesprochen, daß er zur Konferenz in London einen Vertreter entsenden werde. Wie von gutunterrichteter Seite, die Wilson nahesteht, behauptet werde, soll der Präsident der Ansicht sein, daß die Konferenz in London zur Revision des Friedensvertrages von Versailles führen werde.

Aufhebung der Kartoffel-Zwangswirtschaft.

WTB. Berlin, 3. Aug. Der Volkswirtschaftsausschuß des Reichstages hat einen vom Zentrum eingebrachten Antrag, bei der Aufhebung der Zwangswirtschaft von Kartoffeln eine Reichsreserve von 20 Millionen Zentnern zu schaffen, einstimmig angenommen. Ein gemeinsamer Antrag der Deutschen Volkspartei, der Demokraten, der Bayerischen Volkspartei und der Deutschnationalen Volkspartei, die Zwangswirtschaft für Kartoffeln unverzüglich aufzuheben, wurde mit 16 gegen die 12 Stimmen der Sozialdemokraten und Unabhängigen angenommen.

Die Transporte der tschecho-slowakischen Truppen

von Cuxhaven nach Bodenbach sind nunmehr beendet. Die weiteren Transporte werden über Triest geleitet und werden daher Deutschland nicht mehr berühren.

Die Lage an der russisch-polnischen Front.

Warschau, 3 Aug. (Generalstabsbericht vom 2. Aug.) An der deutschen Grenze nördlich Oltrolenka ist die Lage unverändert. Im Bereich von Nowgorod und Lomscha haben die Angriffe des Feindes nachgelassen. Unsere regulären und freiwilligen Truppen greifen hier feindliche Infanterie und Kavallerie an. Zwischen Narew und Bug verläuft unsere Frontlinie östlich Kossaki-Mazowice-Wulzonki-Kosielne-Giechanowice. Am Bug finden im Bereich von Mielnik Kämpfe statt. Bei Brest-Litowsk hat der Feind bedeutende Kräfte aller Waffengattungen gesammelt und greift die Festung und Stadt an. Die Kämpfe um Brody, die beiderseits große Kräfte in Anspruch nehmen, entwickeln sich weiterhin für uns günstig. Am Sereth harte Kämpfe, die heftigen Charakter annehmen. Es wurde die Ankunft neuer feindlicher Abteilungen festgestellt.

Internationaler Sozialistenkongreß.

Das Delegationsrecht.

Der Internationale Sozialistenkongreß behandelte in seiner Vormittagssitzung am Montag noch die Frage der Zulassung der einzelnen Delegationen. Namens der Mandatsprüfungskommission vertrat Morrison (England) den Standpunkt, daß die anwesenden französischen Delegierten nicht als vollberechtigte Delegierte anerkannt werden können. Die Vertreter Frankreichs seien aus ihrer Partei ausgeschlossen worden. Generalsekretär Huysmans betonte, daß die Frage des Ausschlusses einzelner Delegationen von der zweiten Internationale mit weitgehender Duldsamkeit behandelt werden sollte. Die französischen Delegierten hätten die Grundsätze der zweiten Internationale anerkannt und sollten deshalb zugelassen werden, jedoch müsse ihr Stimmrecht etwas beschränkt werden. Grenier (Frankreich) erklärte, daß die Gruppe, die er vertrete, vollständig auf dem Boden des Sozialismus stehe, und wies darauf hin, daß seine Parteigenossen zu den Gründern der Internationale gehörten. Präsident Shaw schloß sich der Ansicht Huysmans an. Bei der Abstimmung sprachen sich fünf Delegationen für den Kommissionsbeschluß aus, 7 Delegierte für den Antrag Huysmans; zwei Delegationen, die deutsche und die schweizerische, enthielten sich der Abstimmung. Präsident Shaw interpretierte die Abstimmung in dem Sinne, daß die französischen Delegierten das Recht haben, sich unbeschränkt aktiv bei den Beratungen zu beteiligen. Dann kam die Frage der Zulassung des Russen Alex Imsky als Vertreter der Bienaw-Gruppe zur Verhandlung. Die Kommission empfahl, Alex Imsky nicht zuzulassen, da er keine genügende Gruppe der russischen Sozialisten vertrete. Alex Imsky behauptete, daß er als Sozialist von einer halben Million russischer Arbeiter in die zweite Duma gewählt worden sei. Er bestritt nicht, Koltschak und Denikin unterstützt zu haben, und sogar Wrangel zu unterstützen, um der Gewaltpolitik der Bolschewisten ebenfalls Gewalt entgegenzusetzen. Der Kongreß beschloß, Alex Imsky nicht anzuerkennen. Hierauf wurde die Sitzung auf nachmittags 2½ Uhr vertagt.

Stellungnahme zum Völkerbund.

Genf, 3. Aug. Der Kongreß setzte heute vormittag seine Arbeiten fort. In der Besprechung der von der Kommission eingebrachten Resolution über die Stellungnahme der Internationale zum Völkerbund tadelte Toelstra (Holland) vor allem, daß Sowjetrußland vom Völkerbund ausgeschaltet sei und verlangte eine besondere Bestimmung, daß nur diejenigen Nationen zugelassen werden, die ihren Verpflichtungen nachkommen. Dieser Passus habe sich im Jahre 1919 auf Deutschland bezogen, jetzt könne er sich nur auf Rußland beziehen. Stauning (Dänemark) übte scharfe Kritik an dem Vertrag von Versailles und dem Völkerbund. Bernstein (Deutschland) erklärte, daß der Vertrag von Versailles für die Deutschen eine große Enttäuschung bedeute, weil die Alliierten gegen die deutsche Republik dieselbe Stellung einnähmen wie früher gegen das kaiserliche Deutschland. Die deutsche Revolution sei aber durchaus ernst zu nehmen. Durch die Revolution sei in Deutschland der politische Schwerpunkt vollständig verschoben worden. Der Vertrag von Versailles versetze dem Selbstbestimmungsrecht der Völker einen sehr schweren Schlag. (Lebhafte Zustimmung.) Die Verhandlungen wurden hierauf auf nachmittags vertagt. — In der Nachmittagssitzung wies der Vorsitzende des Deutschen Bergarbeiterverbandes auf die außerordentliche Teuerung hin, unter der die Bergleute zu leiden hätten, hier könne nur die Entente bessere Verhältnisse schaffen. Bei der Mandatsprüfung teilte der Präsident mit, daß England 65, Deutschland 37, Frankreich 23, Belgien 10, Tschecho-Slowakei 6, die Vereinigten Staaten, Oesterreich, Holland, Ungarn, Jugoslawien, Polen und Luxemburg je einen stimmberechtigten Delegierten erhalten. Zum Schluß der Sitzung gelangte ein Brief der Bergleute des Saargebietes zur Verlesung, in dem diese die französischen Kameraden um ihre Vermittlung bei der französischen Regierung bitten, damit laut deutschem Muster Ferien eingesetzt werden, welche die französische Regierung abgelehnt hätte. — Der Hauptgegenstand der Nachmittagssitzung bildete noch die Verlegung des internationalen Sekretariats von Brüssel nach London, der der Generalsekretär zustimmte.

*

Die Kriegsschuldfrage erledigt.

Einstimmige Annahme der neuen Resolution.

Genf, 3. August. In der um 2 Uhr 30 beginnenden Nachmittagssitzung wurde die Diskussion fortgesetzt. Rubanowitsch erklärte namens der Sozialrevolutionären Gruppe, daß seine Partei einzig nach Genf gekommen sei, um sich zu informieren. Die Russen sind der Auffassung, daß sie bei den deutschen und englischen Unabhängigen wieder Fühlung erhalten müssen. Die Partei spricht sich gegen jede Unterstützung einer militärischen Intervention des Auslandes in Rußland aus. Nach Erledigung der Mandatsfrage gab der Präsident die Stimmenzuteilung auf die im Kongreß vertretenen Parteien bekannt. Die Verhandlungen wurden hier abgebrochen, um der Kommission für die Schuldfrage Gelegenheit zu geben zu einer vollen Einigung zu gelangen.

Nach Wiederaufnahme der Verhandlungen teilte der Kommissions-Berichterstatter Lafontaine mit, daß in der Kommission Einstimmigkeit erzielt worden sei über den Text einer von den Deutschen ausgearbeiteten

Resolution über die Schuldfrage.

Mit Rücksicht auf diese Einstimmigkeit empfiehlt er, sich jeder Diskussion zu enthalten und unter Beifall wurde hierauf die vorgeschlagene Resolution einstimmig vom Kongreß angenommen. Der Wortlaut ist folgender:

In Erwägung, daß die deutsche Sozialdemokratie in ihrer Denkschrift selbst erklärt, daß die deutsche Revolution zum großen Unglück der Welt und ganz besonders des deutschen Volkes selbst um fünf Jahre zu spät ausgebrochen ist, ferner, daß sie bedauert, daß sie im Kriege den Kampf gegen Militarismus und Imperialismus nicht mit ausreichendem Erfolg geführt hat, vor allem hinsichtlich der Leitung der auswärtigen Politik, die der Kontrolle der Volksvertretung entzogen war,

in weiterer Erwägung, daß der Vertreter der deutschen Sozialdemokratie in der Kommission über die Schuldfrage die nachstehenden Erklärungen abgegeben hat: „1. Das Bismarckische Deutschland hat, wie schon Marx und Engels erkannt haben, den Weltfrieden auf das schwerste erschüttert, indem es Elsaß-Lothringen im Jahre 1871 mit Gewalt annektiert hat. Für Deutschland darf es keine elsaß-lothringische Frage mehr geben. 2. Das kaiserliche Deutschland hat ein neues Verbrechen gegen das Völkerrecht begangen, als es im Jahre 1914 die Neutralität und Unabhängigkeit Belgiens verletzte und sich durch die Mißhandlung der Bevölkerung der besetzten Gebiete gegen die Gesetze der Menschlichkeit verging. 3. Das republikanische Deutschland selbst fühlt sich verpflichtet zur Wiedergutmachung der Folgen des Angriffes, die das kaiserliche Deutschland ausgelöst hat, nachdem es das noch am Vorabend des Konfliktes mögliche Schiedsgericht abgelehnt hatte.

nimmt der Kongreß diese Erklärungen zur Kenntnis und erneuert die Erklärung der alliierten Sozialisten vom Jahre 1915, daß das kapitalistische System durch die Uebertreibung

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200804-11/fragment/page=0001

einer Interessenpolitik und seiner Raffsucht eine der tiefsten Ursachen des Krieges ist, und erklärt gleichzeitig, mit den gleichen Ausdrücken wie die deutsche Denkschrift,

„daß sein unmittelbarer Anlaß hauptsächlich, wenn auch nicht ausschließlich, bei der mit Kopflosigkeit gepaarten Gewissenlosigkeit der jetzt gestürzten deutschen und österreichischen Machthaber lag".

Der Kongreß gibt die Urheber der abscheulichen Schlächterei, die Europa und die Welt mit Blut gebadet haben, dem Abscheu der Völker preis und bekräftigt seinen festen Willen, all seine Kräfte der Wiederherstellung der durch den Krieg zerstörten Welt zu widmen und von nun an zu kämpfen gegen die kriegerischen Mächte im Geiste und im Dienste der Internationale.

Zur Verhandlung kommt sodann die von der Kommission ausgearbeitete Resolution über die Stellung der Sozialdemokratie zum Völkerbund.

In dieser Resolution heißt es u. a.: der Vertrag von Versailles und die Verträge, die ihm gefolgt sind, haben die Welt in einem Zustand der Unsicherheit und Zerrissenheit gelassen, in einen viel beunruhigenderen Zustand als der vor dem Weltkrieg 1914 war. Dieser Zustand führt zum Weiterbestehen und Wachstum des Militarismus mit allen Gefahren eines Krieges, die damit zusammenhängen. Die Arbeiter haben die Verpflichtung, die Fehler des Völkerbundes klar zu stellen, dessen verdammungswürdigster die Anerkennung des Rechts auf Krieg ist. Der Völkerbund kann nicht eine Sicherung des Friedens sein, wenn er nicht zu internationalen demokratischen Organismus wird, zusammenfassend alle Völker ohne jede Ausnahme. Der Völkerbund müsse die Mittel der Kontrolle und Sicherung haben, durch eine internationale Polizei die allgemeine Entwaffnung aller Völker zu Lande und zu Wasser durchzusetzen. Es ist zu wünschen, die Ausdehnung seiner Befugnisse hinsichtlich der Verteilung der Rohstoffe, Transportmittel und nach finanziellen Kriegslasten, die größtenteils zu Lasten der Nationen bleiben können, die am meisten unter der Last des Krieges gelitten haben. Der Völkerbund wird, so verbessert und vervollständigt, eine natürliche Wirkung abgeben für die notwendige Umwandlung des Friedens von Versailles in einen gerechten dauerhaften Frieden. Die gerechte Anwendung der Grundsätze der Wiedergutmachung wird es ermöglichen, daß den Völkern Europas die Mittel gegeben werden, sich im allgemeinen Interesse der Welt wieder zu erholen. Er wird die im Friedensvertrag festgelegten Landesgrenzen durch Grenzen ersetzen, die den frei ausgesprochenen Wünschen der Völker entsprechen.

Der internationale Sozialistenkongreß fordert daher die sozialistischen Parteien auf, alle ihre Anstrengungen darauf zu richten, ihren Delegierten in die gegenwärtige Organisation des Völkerbundes Eingang zu verschaffen.

Internationaler Bergarbeiterkongreß.

Zu der Eröffnungssitzung des internationalen Bergarbeiterkongresses sind noch folgende Berichte der Delegierten nachzutragen:

Die Belgier, die sich zu den Satzungsentwürfen der Bergarbeiter-Internationale äußerten, schlugen als Ziele den Achtstundentag (Ein- und Ausfahrt der Grubenarbeiter einbegriffen), Mindestlohn, um den Arbeitern und ihren Familien eine in materieller und geistiger Hinsicht normale Existenz zu ermöglichen, und Verstaatlichung aller Bergwerksbetriebe vor, in deren Verwaltungsrat zu gleichen Teilen Vertreter der Bergarbeiter, der Konsumenten und des Staates sitzen sollen. Bis zur Verstaatlichung der Bergwerke sollen keine Konzessionen an Private erteilt werden. Mittel zur Verstaatlichung der Bergwerke sollen sein parlamentarisches Vorgehen, Massenkundgebungen und im Notfalle Generalstreik. Die Belgier schlagen weiter den Streik gegen die Nation vor, die einen neuen brudermörderischen Krieg unter den Völkern entfesseln würde.

Der Bericht der französischen Delegation beantragt, daß im Interesse der Allgemeinheit die Produktion nach Möglichkeit gesteigert werden müsse, ferner gleiche tägliche Arbeitszeit für alle Bergarbeiter der ganzen Welt, und zwar acht Stunden von der Einfahrt bis zur Wiederankunft über Tag, unterbrochen von einer Pause von mindestens 30 Minuten. Für gewisse Arbeiten unter Tage soll die Arbeitszeit in außerordentlichen Fällen auf sechs und sogar auf vier Stunden verkürzt werden.

Der englische Bericht erwartet einen Fortschritt in der Lage der Bergwerke und der Bergarbeiter nur durch Verstaatlichung und Ausscheidung der privatkapitalistischen Betriebe. Ferner soll den Bergleuten eine Verkürzung der täglichen Arbeitszeit vom 1. Juli 1921 gewährt werden unter der Voraussetzung, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse dies gestatten. Der Bericht der englischen Bergarbeiter stellt sodann fest, daß die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder größer denn je sei und daß sie voraussichtlich im Laufe des 3 Jahres eine Million erreichen werde.

Die deutschen Bergarbeiter weisen in ihrem Bericht darauf hin, daß die Bergarbeiterinternationale sich vor dem Kriege mit der Abwendung der Ueberproduktion zu befassen hatte, während heute die Beseitigung der Kohlennot auf der Tagesordnung stehe. Die deutschen Bergarbeiter haben für die Unter-Tag-Arbeit die Sechsstundenschicht gefordert, was die Regierung mit dem Hinweis auf die große Kohlennot als unannehmbar bezeichnet und abgelehnt habe, sie fordern aber, daß die technischen Vorarbeiten für die Sechsstundenschicht getroffen werden. Ferner soll sich die deutsche Regierung mit den Regierungen der anderen Staaten verständigen über die internationale Einführung der Sechsstundenschicht. Der Bericht der deutschen Bergarbeiter stellt zum Schluß fest, daß die gewerkschaftliche Organisation der Bergarbeiter Deutschlands außerordentliche Fortschritte mache, und daß die Mitgliederzahl von 101 965 im Jahre 1914 und 46 540 im Jahre 1916 auf 436 527 im Dezember 1919 gewachsen sei.

•

Sozialisierung und Nationalisierung der Bergwerke.

Genf, 3. Aug. Bartuil (Frankreich) erklärte u. a., wenn die Bergarbeiter geschlossen vorgehen, stellen sie heute die stärkste wirtschaftliche Macht der Welt dar. (Beifall.) Zwanziger (Oesterreich) erklärte sich ebenfalls für die Sozialisierung. Die Verhandlungen werden hierauf auf den Nachmittag vertagt. In der Nachmittagssitzung erklärte der amerikanische Delegierte Noage sich gegen die Sozialisierung, da die Amerikaner während des Krieges schlechte Erfahrung in dieser Beziehung gemacht hätten. Lombard (Belgien) betonte, daß mit der Forderung auf Sozialisierung erklärt werden müsse, daß die Bergwerke nur gegen eine Entschädigung an die bisherigen Besitzer in den Besitz der Allgemeinheit übergehen könnten. Präsident Sachse schlägt vor, eine Abstimmung darüber vorzunehmen, daß der Kongreß Nationalisierung oder Sozialisierung der Bergwerke verlangt. Bartuil (Frankreich) sagte, wenn innerhalb einer bestimmten Frist die Nationalisierung oder Sozialisierung nicht erreicht wäre, so müsse das internationale Komitee eine einheitliche Aktion anordnen. Der englische Delegierte Smillie ist dagegen und der deutsche Delegierte Hue vertritt einen ähnlichen Standpunkt. Schließlich nahm man einstimmig die von der englischen Delegation vorgeschlagene Resolution an; der Kongreß beschließt, daß alle Länder endgültig für die Nationalisierung oder Sozialisierung der Bergwerke eintreten, ebenso für die Beseitigung der kapitalistischen und Besitzerrechte und die Durchführung der Kontrolle und der Verwaltung der Bergbauindustrie durch Vertreter der Staaten der beteiligten Arbeiter und der Konsumenten.

Die Lage in Zittau.

Seit Sonnabend ist Zittau Schauplatz ernster Unruhen und blutiger Zusammenstöße zwischen Arbeitern und der bewaffneten Macht. Grund der Erregung in der Arbeiterschaft sollen die hohen Lebensmittelpreise sein. Nach den bisher vorliegenden Meldungen scheint festzustehen, daß die Demonstranten Opfer von Spitzeln geworden sind, die zusammen mit zweifelhaften Kommunisten einen Generalstreik beabsichtigten. Es wurden verschiedene Forderungen gestellt: Abdankung der sächsischen Regierung, Einsetzung der Räteherrschaft usw., bis zu deren Einlösung der Generalstreik dauern soll. Wie die „L. Volksztg." mitzuteilen weiß, hat in dem gebildeten Fünfzehnerausschuß ein Kommunist Frenzel die Führung. Ein unsauberes Subjekt, der bei der Ermordung unseres Genossen Kriegsminister Neuring durch irreführende, aufreizende Reden der Haupttäter war. Frenzel ist überall dort zu treffen, wo Unruhen entstehen. Man kann danach bewerten, wohin die Arbeiterschaft Zittaus geführt werden soll. — Ob das Gewerkschaftskartell mit dem Generalstreik der Arbeiter wie mit den übrigen Aktionen einverstanden ist, kann aus den widersprechenden Nachrichten nicht klar ersehen werden. Doch wie dem auch sei: ein Wahnsinn ist es, Forderungen zu stellen, die selbst nach Meinung der radikalen Presse niemals Aussicht auf Verwirklichung finden können. So schreibt die „Rote Fahne", das Zentralorgan der K. P. D.:

„Wir wissen nicht, was in Zittau in Wahrheit vorgefallen ist, wohl aber wissen wir, daß die deutsche Arbeiterschaft in anderthalb Jahren Revolutionserfahrung es gelernt hat, daß man nicht in einem isolierten Orte durch einen Handstreich die Rätediktatur errichten kann."

Die „Freiheit" nennt die Vorgänge in Zittau „Rätetschwindel". Das „Volksblatt" in Halle aber läßt der Nachricht von dem Belagerungszustand über Zittau folgenden Schwanz folgen:

„Nun werden bald die Maschinengewehre der Soldaten rattern! Bisher hat sich alles ohne Blutvergießen vollzogen. Nur die Reichswehr hat am Freitag einige Lebensmitteldemonstranten niederg'knallt, was den Anlaß zu dem ganzen Reigen gab. Das Volk sieht hier wieder einmal, wer die Blutlaten begeht!"

Demnach ist das „Volksblatt" der naiven Auffassung, daß der „Rätetschwindel" zu Recht besteht und das beileibe nichts gegen die Rätebeglücker oder Spitzel unternommen werden darf. — Wir wollen hoffen, daß die Arbeiterschaft in Zittau soviel Selbstbesinnung aufbringt, um von dem Frenzel und Konsorten weit abzurücken. Gegen die Macher der unsinnigen Putsche, die immer wieder nur die Arbeiter am Narrenseil herumführen, muß aber rücksichtslos vorgegangen werden.

•

Zittau, 3. Aug. Die Eisenbahner haben heute morgen die Arbeit niedergelegt. Der gesamte Zugverkehr ruht. Die Züge von Dresden nach Zittau verkehren nur bis Nieder-Oderwitz.

WTB. Berlin, 3. Aug. Zur Lage in Zittau melden die Mittagsblätter u.: Der Oberbürgermeister von Zittau, der nach Dresden gefahren war, wird mit den Vortruppen der Reichswehr heute in Zittau zurückerwartet, um die normale Lage wiederherzustellen. Der 15er Ausschuß, der sich die Polizeigewalt angemaßt hat, herrscht immer noch. Er besteht aus drei Spartakisten, zwei Kommunisten, zwei Mehrheitssozialisten als Vertreter des Gewerkschaftskartells, drei Unabhängigen und fünf in den Betrieben Gewählten, die den Linksradikalen angehören. Da die großen Ueberlandzentralen weiter still liegen, sind mehrere Hundert Fabriken und Werkstätten zum Feiern gezwungen. Die Stimmung der einsichtigen Arbeiterschaft ist unbedingt gegen Terror und Streik.

Noch immer ohne Licht und Kraft. Die Nachricht, daß sich das Gewerkschaftskartell in seiner Gesamtheit am Generalstreik beteilige und die Forderungen der Ausständigen unterstütze, bestätigt sich nicht. Der 15er-Ausschuß setzt sich lediglich aus Unabhängigen und Kommunisten zusammen. Die Stadt ist auch heute ohne Licht und Kraft. Die Zeitungen erscheinen nicht.

Abflauen des Generalstreiks.

Zittau, 4. Aug. Wie die Blätter aus Zittau melden, ist der dortige Generalstreik im Abflauen begriffen. Die Zeitungen können wieder erscheinen. Das Kraftwerk ist bereits wieder in Betrieb; auch ist der Bahnverkehr zum Teil wieder aufgenommen.

Das Entwaffnungsgesetz.

über dessen Annahme im Ausschuß des Reichstages wir gestern berichteten, hat zu ernstem Bedenken in unserer Partei Anlaß gegeben. Die Gefahr, daß das Gesetz im reaktionären Sinne ausgelegt wird und dadurch Ausnahmebestimmungen gegen ein Teil des Volkes bestehen, ist groß. Von unserem Genossen Lübbring sind bei den Verhandlungen des Entwurfes vor dem Plenum diese Einwände ins rechte Licht gerückt worden. Wir sind vollkommen davon überzeugt, daß sich in den Händen reaktionärer Elemente noch zahlreiche Waffen befinden, wie es wohl auch nicht zu bestreiten ist, daß in einzelnen Teilen Deutschlands auch bei den linksradikalen Parteiangehörigen vom Kapp-Putsch her mancher Schießprügel verborgen liegt. Ob die Schätzung des Generalstabschef von Seeckt, die er in Spa übergeben hat und die sich auf 1,9 Millionen Gewehre, 8400 Maschinengewehre und 4000 Minenwerfer, welche sich noch in den Händen der Zivilbevölkerung befinden sollen, beläuft, richtig ist, kann allerdings schwer nachgeprüft werden.

Nach dem Gesetz soll nun mit der Eintreibung der Waffen ein Reichskommissar betraut werden, dem diktatorische Befugnisse zugestanden werden. Er soll das Recht bekommen, Durchsuchungen und Beschlagnahmungen auch außerhalb der Bestimmungen der Strafprozeßordnung anzuordnen, ja selbst das Brief-, Post-, Telegraphen- und Fernsprechgeheimnis aufzuheben, und eine scharfe Kontrolle des gesamten Verkehrs bis zum Luftverkehr anzuordnen. Zur Durchführung seiner Aufgabe sollen ihm die Sicherheitswehr und die Reichswehr zur Verfügung stehen und sämtliche Behörden des Reiches, der Länder und Selbstverwaltungskörper haben seinen Anordnungen unbedingt Folge zu leisten. Es soll ihm ein Kredit von 300 Millionen Mark zur Verfügung gestellt werden, aus dem auch Belohnungen ausgesetzt werden können. Es leuchtet ohne Weiteres ein, daß bei der Durchführung des Gesetzes sehr viel davon abhängen wird, auf welche Person als Reichskommissar die Wahl des Reichspräsidenten fallen wird. Bei dieser ungeheuren Vollmacht die ihm zu verleihen geplant ist, ist es nur allzu leicht erklärlich, daß die schwersten Bedenken gegen dieses Gesetz auftreten. Die Arbeiterschaft hat allzu schlechte Erfahrungen hinter sich, zumal seit den Kapp-Tagen, wie Gesetze dieser Art gehandhabt werden. An den Arbeitern werden die Bestimmungen solcher Gesetze in der schärfsten Weise durchgeführt und jede selbst die geringste Verfehlung in der rücksichtslosesten Weise geahndet. Die Sünder und Verbrecher auf der Rechten mögen noch so viel auf dem Kerbholz haben, sie läßt man immer wieder den Maschen des Gesetzes entschlüpfen. Wir brauchen nur an die gegensätzliche Behandlung im Ruhrgebiet und in Pommern zu erinnern. War das aber schon unter der früheren Regierung möglich, in der unsere Genossen saßen, so ist jetzt doppelte Vorsicht geboten.

Deutsch-Hannoveraner und Deutsche Volkspartei. Wie mehreren Blättern zufolge in parlamentarischen Kreisen verlautet, haben sich die fünf Mitglieder der deutsch-hannoverschen Partei im Reichstage mit der Deutschen Volkspartei in Verbindung gesetzt, um einen Zusammenschluß mit ihnen zu bewirken.

Romeo und Julia auf dem Dorfe.

Erzählung von Gottfried Keller.

(10. Fortsetzung.)

Obgleich es kaum eine Viertelstunde währte, bis Brenchen nachkam, und er an nichts anderes dachte, als an sein Glück und dessen Namen, stand es doch plötzlich und unverhofft vor ihm, auf ihn niederlächelnd, und froh erschreckt sprang er auf. „Vreeli!" rief er, und dieses gab ihm still lächelnd beide Hände, und Hand in Hand gingen sie nun das flüsternde Korn entlang bis gegen den Fluß hinunter und wieder zurück, ohne viel zu reden; sie legten zwei- oder dreimal den Hin- und Herweg zurück, still, glückselig und ruhig, so daß dieses einige Paar nun auch einem Sternbilde glich, welches über die sonnige Rundung der Anhöhe und hinter derselben niederging, wie einst die sichergehenden Pflugzüge ihrer Väter. Als sie aber einmal die Augen von den blauen Kornblumen aufschlugen, an denen sie gehaftet, sahen sie plötzlich einen anderen dunklen Stern vor sich hergehen, einen schwärzlichen Kerl, von dem sie nicht wußten woher er so unversehens gekommen. Er mußte im Korne gelegen haben. Brenchen zuckte zusammen, und Salt sagte erschreckt: „Der schwarze Geiger!" In der Tat trug der Kerl, der vor ihnen herstrich, eine Geige mit dem Bogen unter dem Arm und sah übrigens schwarz genug aus; neben einem schwarzen Filzhütchen und einem schwarzen rußigen Kittel, den er trug, war auch sein Haar pechschwarz, sowie der ungeschorene Bart, das Gesicht und die Hände aber ebenfalls geschwärzt; denn er trieb allerlei Handwerk, meistenteils Kesselflicken, half auch den Kohlenbrennern und Pechsiedern in den Wäldern und ging mit der Geige nur auf einer guten Schick aus, wenn die Bauern irgendwo lustig waren und ein Fest feierten.

Salt und Brenchen gingen mäuschenstill hinter ihm drein und dachten, er würde vom Felde gehen und verschwinden, ohne sich umzusehen, und so schien es auch zu sein, denn er tat, als ob er nichts von ihnen merkte. Dazu waren sie in einem seltsamen Bann, daß sie nicht wagten, den schmalen Pfad zu verlassen, und dem unheimlichen Gesellen unwillkürlich folgten, bis an das Ende des Feldes, wo jener ungerechte Steinhaufen lag, der das immer noch streitige Ackerzipfelchen bedeckte. Eine zahllose Menge von Mohnblumen oder Klatschrosen hatte sich darauf angesiedelt, weshalb der kleine Berg feuerrot aussah zurzeit. Plötzlich sprang der schwarze Geiger mit einem Satze auf die rotbekleidete Steinmasse hinauf, kehrte sich und sah ringsum. Das Pärchen blieb stehen und sah verlegen zu dem dunklen Burschen hinauf: denn vorbei konnten sie nicht gehen, weil der Weg in das Dorf führte, und umkehren mochten sie auch nicht vor seinen Augen. Er sah sie scharf an und rief: „Ich kenne euch, ihr seid die Kinder derer, die mir den Boden hier gestohlen haben! Es freut mich zu sehen, wie gut ihr gefahren seid, und werde gewiß noch erleben, daß ihr vor mir den Weg alles Fleisches geht! Seht mich nur an, ihr zwei Spatzen! Gefällt euch meine Nase, wie?" In der Tat besaß er eine schreckbare Nase, welche wie ein großes Winkelmaß aus dem dürren schwarzen Gesicht ragte, oder eigentlich mehr einem tüchtigen Knebel oder Prügel glich, welcher in dies Gesicht geworfen worden war, und unter dem ein kleines rundes Löchelchen von einem Munde sich seltsam stutzte und zusammenzog, aus dem er unaufhörlich pustete, pfiff und zischte. Dazu stand das kleine Filzhütchen ganz unheimlich, welches nicht rund und nicht eckig und so sonderlich geformt war, daß es alle Augenblicke seine Gestalt zu verändern schien, obgleich es unbeweglich saß, und von den Augen des Kerls war fast nichts als das Weiße zu sehen, da die Sterne unaufhörlich auf einer blitzschnellen Wanderung begriffen waren und wie zwei Hasen im Zickzack herumsprangen. „Seht mich nur an," fuhr er fort, „eure Väter kennen mich wohl, und jedermann in diesem Dorfe weiß, wer ich bin, wenn er nur meine Nase ansieht. Da haben sie vor Jahren ausgeschrien, daß ein Stück Geld für den Erben dieses Ackers bereitlege: ich habe mich zwanzigmal gemeldet, aber ich habe keinen Taufschein und keinen Heimatschein, und meine Freunde, die Heimatlosen, die meine Geburt gesehen, haben kein gültiges Zeugnis, und so ist die Frist längst verlaufen, und ich bin um den blutigen Pfennig gekommen, mit dem ich hätte auswandern können! Ich habe eure Väter angesteht, daß sie mir bezeugen möchten, sie müßten mich nach ihrem Gewissen für den rechten Erben halten; aber sie haben mich von ihren Höfen gejagt, und nun sind sie selbst zum Teufel gegangen. Item, das ist der Welt Lauf, mir kann's recht sein, ich will euch doch geigen, wenn ihr tanzen wollt!" Damit sprang er auf der anderen Seite von den Steinen hinunter und machte sich dem Dorfe zu, wo gegen Abend der Entsetzende eingebracht wurde und die Leute guter Dinge waren. Als er verschwunden, ließ sich das Paar ganz mutlos und betrübt auf die Steine nieder; sie ließen ihre verschlungenen Hände fahren und stützten die traurigen Köpfe darauf; denn die Erscheinung des Geigers und seine Worte hatten sie aus der glücklichen Vergessenheit gerissen, in welcher sie wie zwei Kinder auf und ab gewandelt, und wie sie nun auf den harten Grund ihres Elends saßen, verdunkelte sich das heitere Lebenslicht, und ihre Gemüter wurden so schwer wie Steine.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200804-11/fragment/page=0002

Deutscher Reichstag.

17. Sitzung. Dienstag, 3. August, 10 Uhr vormittags.

In der Beantwortung von Anfragen teilt die Regierung mit, daß die Berliner Einwohnerwehr aufgelöst sei. Die Waffen sind der Sicherheitspolizei übergeben, zum Teil befinden sie sich noch in den Händen der einzelnen Mitglieder. Selbstverständlich wird die Einziehung durch das Reich erfolgen, sobald es durch das Entwaffnungsgesetz die Handhabe dazu erhält.

Eine Ermäßigung der Paßgebühren für die Einreise aus Holland nach Deutschland wird in Aussicht gestellt.

Auf Anfrage des Abg. Brandes (Soz.) wegen Heranziehung von Montagezulagen beim Steuerabzug durch das Finanzamt Hannover erwidert

Geheimrat Kuhn, daß nach den neuen Bestimmungen über den Steuerabzug die Montagezulagen wie alle Entschädigungen für Dienstaufwendungen dem Steuerabzug nicht unterworfen seien, unbeschadet der Abrechnung bei der endgültigen Veranlagung zur Einkommensteuer.

Präsident Loebe bittet die Mitglieder, sich darauf einzurichten, daß die Beratungen des Reichstages heute und morgen noch nicht zu Ende gehen.

Das Gesetz zur Einführung der Bestimmungen des Friedensvertrages über gemischte Schiedsgerichtshöfe und die Vollstreckung ausländischer Urteile wird endgültig angenommen.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfs zur

Aenderung der Verordnung über Lohnpfändung.

Der Entwurf verdoppelt in Hinsicht auf die Verteuerung der Lebensbedürfnisse die der Pfändung nicht unterworfenen Einkommenssätze. Die Pfändungsgrenze wird danach für Verheiratete bei 5000 Mk., für Ledige bei 4000 Mk. gezogen.

Abg. Kaiser (Soz.) beantragt, die Grenze auf 7500 bezw. 6000 Mk. heraufzusetzen.

Staatssekretär Joel widerspricht dem Antrage, da außer den 5000 bezw. 4000 Mk. noch weitere Einkommensteile bis zu sechs Zehntel freibleiben, wenn Kinder oder unterstützungsbedürftige Verwandten zu berücksichtigen sind.

In der zweiten Lesung wird der Antrag im Wege der Ueberzählung mit 171 gegen 126 Stimmen abgelehnt und der Entwurf darauf unverändert angenommen, ebenso in der dritten Lesung und in der Gesamtabstimmung.

Ohne Erörterung wird der Entwurf zur Enteignung von Grundeigentum und betreffend die Beitragsleistung zur Neckar-Main- und Donau-Kanalisierung endgültig angenommen.

Abg. Lübbring (Soz.): Regierung und Reichstag stehen bei diesem Gesetz unter dem Diktat der Entente. Es ist im Interesse des Landes, wenn das Gesetz bald erledigt wird. Wir wollen daran praktisch mitarbeiten, müssen aber die Gewähr haben, daß das Gesetz unter keinen Umständen zu einem Ausnahmegesetze gegen die Arbeiterklasse wird. (Sehr richtig! links.) Ich bin der festen Ueberzeugung, daß es deswegen zu keinem Ausnahmegesetz gegen die Arbeiter führen kann, weil die Arbeiterklasse wenig oder keine Waffen hat, wie ich von Ostpreußen aus eigener Erfahrung beweisen kann. Aber Tatsache ist, daß die Gegenrevolutionäre bis an die Zähne bewaffnet sind. Alle die Märchen von sich bildenden roten Armeen haben ihren Endzweck darin, die Aufmerksamkeit von sich auf andere zu lenken. (Sehr richtig!) Die verfassungsuntreuen Elemente lauern nur auf die Gelegenheit, von Ostpreußen aus den Kreuzzug gegen die Republik beginnen zu können. (Widerspruch und Zurufe rechts.) Wenn die Märztage in Ostpreußen so ruhig verlaufen sind, so ist es deshalb, weil die Arbeiterschaft nicht im Besitz von Waffen war. (Widerspruch.) Auch im anderen Teil Deutschlands ist dies der Fall, und der Widerstand der Rechten gegen das Entwaffnungsgesetz ist darum durchaus verständlich. (Sehr richtig!) Wenn das Gesetz seinen Zweck erreichen soll, dann ist es dringende Notwendigkeit, auch die Einwohnerwehr zu entwaffnen, gleichgültig, unter welcher Maske sie auftritt. Nur unter dieser Voraussetzung können wir dem Gesetz zustimmen. (Sehr richtig!) Nur wenn diese Entwaffnung durchgeführt wird, wird die Arbeiterschaft mit diesem Gesetz einverstanden sein. In unserm Antrag haben wir ausdrücklich betont, daß nur die Reichswehr und die Berufspolizei im Besitz von Waffen sein darf. Die Fassung der Koalitionsparteien überläßt es dem Entwaffnungskommissar, auch die Einwohnerwehr im Besitz von Waffen zu belassen. Das darf, wie schon hervorgehoben, unter keinen Umständen der Fall sein. Die Regierung muß auch endlich energisch auftreten gegen die eigenmächtigen Handlungen der Wehrkreiskommandos, damit es nicht vorkommt, daß z. B. die Reichswehrbrigade Dassel die Kriegervereine mit Gewehren alten Modells versieht. (Lebhafter Beifall links.)

Abg. Dr. **Rosenfeld** (U. S.): Die Regierung kann sich für das Gesetz nicht auf die Abmachungen von Spa berufen. Es genügt danach eine Bekanntmachung, worin die Regierung die unverzügliche Ablieferung der Waffen fordert und gegen Verstöße strafbare Strafen androht. Das Gesetz ist lediglich gegen die Arbeiter gerichtet.

Minister **Koch:** Wir wollen durch das Gesetz dahin wirken, daß nicht mehr ein Teil des Volkes gegen den anderen bewaffnet vorgehen kann. Es ist Pflicht der Reichsregierung, die Waffen da zu holen, wo sie sie findet. Dieses Gesetz vermeidet es, daß wir auf Grund des Ausnahmezustandes vorgehen, der viel größere Beschränkungen der persönlichen Freiheit zur Folge hätte. Der Antrag Lübbring ist für die Regierung unannehmbar.

Abg. **Hofmann** - Ludwigshafen (Ztr.): Die Regierung muß das Gesetz kraft durchführen, denn sie trägt die Verantwortung gegenüber der Entente. Möge das deutsche Volk die Waffen des Geistes benutzen, um sich wieder den gebührenden Platz unter den Kulturvölkern zu sichern.

Abg. **v. Gallwitz** (Dn.): Wir haben trotz schwerer Bedenken uns mit den meisten Punkten der Vorlage einverstanden erklärt. Die Bestimmung, daß der Reichskommissar berechtigt sei, das Brief-, Post-, Telegraphen- und Fernsprech-Geheimnis aufzuheben, lehnen wir ab, ebenso die Vorschrift, daß er die Abgabe eidesstattlicher Verpflichtungen über den Besitz oder Verbleib von Waffen verlangen darf.

Abg. Dr. **Curtius** (D. Vpt.) empfiehlt den Antrag der Koalitionsparteien, der dem Reichskommissar einen parlamentarischen Beirat beigibt, dessen Einverständnis zu allen grundlegenden Ausführungsbestimmungen einzuholen ist.

Abg. **Fischer-Köln** (Dem.): Das Gesetz entspringt der Notwendigkeit, deshalb ist es erwünscht, daß es eine möglichst breite parlamentarische Basis bekommt. Dem Antrag Lübbring ist der Antrag der Koalitionsparteien vorzuziehen, wonach der Reichskommissar festsetzt, welche militärische und polizeiliche Organisationen von der Ablieferungspflicht ausgenommen sind.

Abg. Frau **Zetkin** (Komm.): Das Gesetz wird hier mit unwürdiger Eile durchgepeitscht. Das Gesetz sollte heißen „Gesetz zur Niederhaltung des Proletariats".

Abg. **Lepinski** (U. S.):

Die Unruhen in Zittau

haben in der ungeheuren Lebensmittelteuerung ihren Grund. Aufreizend wirkt das Verhalten der Händler, von denen einer den Arbeitern zurief: „Wenn Euch unsere Waren zu teuer sind, dann freßt Sägespäne!"

Minister **Koch:** In Zittau hat die Menge die Entwaffnung der Sicherheitspolizei verlangt, und als dieser Aufforderung nicht entsprochen wurde, die öffentliche Gewalt an sich gerissen. Es ist festgestellt, daß die Menge erhebliche Waffenbestände besaß. Die Reichsregierung hat mit der Sache nichts zu tun. Sie hat zu dem sächsischen Ministerpräsidenten das Vertrauen, daß er solche unerhörten Zustände nicht dulden wird. Wegen der Entwaffnung reden Sie sich unnötig in Nervosität hinein. Sie legen dem Gegner die Löwenhaut um, ohne daß ein Anlaß dazu vorliegt. Die Entwaffnung wird für alle Teile der Bevölkerung von Nutzen sein.

Abg. **Sauerbrey** (U. S.) sieht in der Vorlage lediglich einen reaktionären Versuch zur Erhaltung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung.

Abg. **Remmel** (U. S.) wendet sich gegen die Deutsche Volkspartei, von deren Vertretern offen zugegeben wurde, daß das Gesetz sich gegen den inneren Feind richten solle. Die Vorlage sei nichts weiter als ein Gesetz gegen den weißen Terror in Deutschland.

In der Einzelberatung werden eine Reihe von Paragraphen unter Ablehnung der Aenderungsvorschläge angenommen. Annahme findet jedoch der Koalitionsantrag, wonach der Reichskommissar festsetzt, welche militärischen und politischen Organisationen von der Ablieferungspflicht ausgenommen sind. Die anderen erwähnten Anträge der Koalitionsparteien werden ebenfalls angenommen.

Der Antrag betreffend die Wahrung des Brief-, Post-, Telegraphen- und Fernsprechgeheimnisses findet einstimmig Annahme.

Der § 9 betreffend die Befugnis des Reichskommissars zur Durchführung seiner Aufgaben, Organisationen zu schaffen und die Abgabe eidesstattlicher Versicherungen zu verlangen, wird gestrichen. Der Rest des Gesetzes bleibt im wesentlichen unverändert.

Es folgt die

dritte Lesung des Nothaushalts.

Abg. Dr. **Helfferich** (Dn.): Wir haben im Ausschuß unsere schweren Bedenken gegen die jetzige Wirtschaftspolitik zum Ausdruck gebracht. Mit Rücksicht auf die Geschäftslage werden wir im Plenum darauf erst bei Beratung des Haupteiats zurückkommen.

Minister des Innern **Koch** teilt mit, es werde daran festgehalten, daß in Deutschland nur solche aus dem Ausland hereinkommende Personen Unterkunft finden, die auf geordnetem Wege mit einem Paß versehen herein kommen. Alle anderen müssen interniert oder abgeschoben werden. Der Minister geht dann auf die Reichsschulkonferenz ein. Sehr wünschenswert wäre es, wenn wir als Gegenstück zum Reichswirtschaftsrat auch einen Reichskulturrat bekämen.

Abg. Dr. **Mumm** (Dn.) bittet den Minister, im Sinne der bereits gefaßten Entschließung des Hauses den Zuzug fremdstämmiger Elemente abzuwehren. In Berlin sind mehr als 40 000 Ostjuden eingewandert, vielfach mit gefälschten Pässen. Von den 500 bis 600 Lebensmittelschiebern in Neukölln sind neun Zehntel Juden. Das „Berliner Tageblatt" sagt, daß es Galizier und Russen seien. Diese Einwanderer werden, wenn sie später nach Amerika oder England weiter wandern, die Hauptförderer des deutschen Hasses.

Abg. **Korell** (Dem.): Unsere Zustimmung zu der Entschließung hat nichts mit Rassen- und Klassenhaß zu tun. Die Abwehr der Masseneinwanderung ergibt sich lediglich aus der jetzigen Notlage des eigenen Volkes. Auch gute deutsche jüdische Kreise empfinden diese Einwanderung als Last. 75 Proz. aller verhafteten Gold- und Silberschieber gehören zu diesen Einwanderern.

Die Abgg. **Rosenfeld** und **Löwenstein** (U. S.) bekunden ihre abweichende Auffassung.

Abg. **Runkel** (D. Vpt.) empfiehlt die Herausgabe einer Denkschrift über die Absichten bezüglich der Schulgesetzgebung und die Begründung eines Reichsschulamtes.

Abg. Frau Dr. **Lüders** (Dem.) wendet sich gegen den Schulstreikaufruf, zu dem die Kinder jetzt von unbesonnenen Eltern des öfteren angereizt werden.

Abg. Dr. **Breitscheid** (U. S.): Es ist bezeichnend, daß gerade heute Herr Mumm eine Hakenkreuz-Rede hielt, an demselben Tage, an dem ein frühstaatlicher Mann an die Spitze des Deutschnationalen mecklenburgischen Ministeriums getreten ist. Die Entschließung richtet sich ganz einseitig gegen jüdische Einwanderer. Wir fordern die Aufnahme einer objektiven Statistik über die gesamte Ein- und Auswanderung.

Abg. **Rheinländer** (Ztr.): Wir wünschen kein Reichsschulamt, weil die Länder die Schulhoheit behalten müssen.

Die Beratung wird abgebrochen. In Beantwortung einer Anfrage erklärt die Regierung, daß zu militärischen Beihilfen für heimgekehrte Kriegsgefangene bisher 150 Millionen Mark ausgegeben seien. Die Frage der Gewährung steuerlicher Erleichterungen wurde erwogen.

Mittwoch 1 Uhr Fortsetzung der Haushaltberatungen. Interpellation über Arbeitslosigkeit.

Schluß nach 8 Uhr.

Reaktionäre Heeresverminderung.

Als der Kapp-Putsch zusammengebrochen war, wurde der Regierung von vielen Seiten nahegelegt, daß es ihr erstes sein müßte, in oder bei Berlin eine republikanisch absolut zuverlässige Truppe aufzustellen, deren Existenz jede Wiederholung des Kapp-Unternehmens von vornherein aussichtslos gestalten würde. Nach langem Zögern entschloß sich der Reichswehrminister Geßler, in Döberitz eine Brigade unter dem Befehl des General Rheinhard zu formieren, des einzigen Generals, der in der Nacht vom 12. zum 13. bereitgewesen war, gegen die Meuterer zu kämpfen. Konnte man hiermit zufrieden sein, so entsprach doch die Auswahl und Zusammensetzung der Truppe bei weitem nicht den berechtigten Erwartungen, immerhin blieb sie, solange sie Rheinhard unterstand, ein nicht unbedeutsamer Schutz der Reichshauptstadt und Regierung gegen künftige Putschversuche.

Jetzt verkündet die Regierung in ganz beiläufiger Form die Auflösung der Brigade, natürlich aus dem berühmten „technischen Gründen", die nie fehlen, wo die Reaktion zu einem Streich ausholt. Die von der Entente uns aufgezwungene Heeresverminderung soll die Ursache sein. Es ist merkwürdig, daß das erste Opfer der Heeresverminderung die Truppe sein muß, die als beste Stütze der republikanischen Verfassung gelten kann. Die Heeresverminderung hat nicht ausgeschlossen, daß zweitausend Mann der Meutererbrigade Ehrhardt und zweitausendfünfhundert Mann der ihr an reaktionärer Gesinnung gleichkommenden Marinebrigade Löwenfeld in die Marine eingereiht wurden, also nicht weniger als viertausendfünfhundert Mann gegenrevolutionärer Truppen bei einer Gesamtstärke der Marine von fünfzehntausend! Daß der Geist dieser Leute seit den Putschtagen eher schlimmer als besser geworden ist, das beweist ihr Auftreten alle Tage, in Kiel wie in Kurhaven. Aber diese gefährliche Gesellschaft muß unbedingt erhalten bleiben, während die Brigade Döberitz sang- und klanglos von der Bildfläche verschwindet.

Im Reichstag hat neulich ein unabhängiger Redner gesagt, unter Geßler wäre es noch zehnmal schlimmer als unter Noske. Das ist zweifellos richtig, da Noske bei allen Fehlern eine Persönlichkeit war, Geßler aber eine absolute Null ist. Trotzdem liest man in denselben unabhängigen Blättern, die früher keinen Tag ohne schmutzige Beschimpfungen Noskes Leben konnten, kaum einmal ein Wort des Tadels gegen Geßler. Ein sozialistischer Minister mag den zehnten Teil dessen fehlen, was ein bürgerlicher Minister an seinem Platze verschuldet, die Unabhängigen werden ihn nichtdestoweniger mit der zehnfachen Wut verfolgen.

Uns ist es nicht wie den Unabhängigen um Agitationsstoff gegen die Nachbarpartei zu tun, sondern wir verlangen im Interesse der Republik und Demokratie eine in ihrer Gesinnung zuverlässige Wehrmacht. Herr Geßler erscheint uns nach seinen bisherigen Taten als der ungeeignetste Mann, sie zu schaffen. Die Auflösung der Brigade Döberitz, der reaktionäre Entwurf des Reichswehrgesetzes, das sind Dinge, die einen demokratischen Reichswehrminister in einer Republik unmöglich machen sollten. Der Reichstag hat alle Ursache, sich mit dem Fall Geßler eingehend zu beschäftigen.

Schon wieder ein Fußtritt.

Nicht erst seit dem Leipziger Parteitag müssen sich die Unabhängigen von den Moskauer Gewalthabern manche derbe „Liebenswürdigkeit" sagen lassen. Sie sind schon immer von Lenin und Trotzki sehr schroff behandelt worden und erst dann, wenn sie sich bedingungslos dem Diktat der Bolschewisten unterwerfen, wollte man sie in die Dritte Internationale aufnehmen. Seitdem man sich aber in Leipzig unumwunden zur Diktatur des Proletariats bekannt und beschlossen hat, gemeinsam mit den revolutionären Parteien Westeuropas einen Kongreß einzuberufen zur Einigung aller „revolutionären Sozialisten", sind die Absagen aus Moskau nicht milder, im Gegenteil weit schroffer geworden. Man traut den papiernen Beschlüssen unserer Unabhängigen nicht, man will Taten von ihnen sehen, ehe man sie zum Eintritt in die Dritte Internationale würdig hält.

Um den Beweis dafür zu erbringen, daß man es bereits ist, hat man nunmehr zum zweiten Kongreß der Dritten Internationale Crispien, Däumig und Stöcker nach Moskau geschickt. Aber all diese Reden scheinen keinen Erfolg gehabt zu haben. Lenin hat anscheinend eine sehr scharfe Rede gegen Crispien und die Unabhängigen überhaupt gehalten. Fest steht, daß die Moskau-Pilgerer eine ganz gehörige Absage, einen schmerzhaften Fußtritt erhielten. Lenin warf der unabhängigen Partei vor, daß sie gegenrevolutionäre Elemente umfasse und erklärte, daß eine Politik, die vor Gewalt und Terrorismus zurückschreckt, nicht existenzfähig sei und daß man ohne Terrorismus und ohne Gewalt niemals die Diktatur des Proletariats aufrichten könne. Crispien stellte er auf eine Stufe mit Kautsky und bestritt, daß der letzte keinen Einfluß auf die Partei habe. „Ihr seid", so sagte Lenin, „der lebendige Beweis dafür, daß er großen Einfluß hat und daß dieser Einfluß ein sehr schlimmer ist, weil er eine bürgerliche Tendenz hat. Wir können nicht mit Kautsky zusammen in einer Nationale zusammenwirken und wir wünschen kein neues Mitglied in unsere kommunistische Internationale aufzunehmen, das sich auf Kautskys Standpunkt stellt.

Man darf nun nicht etwa glauben, daß die Unabhängigen diese Forderung Lenins abgelehnt haben oder gar unter Protest den Kongreß verließen. Im Gegenteil, Herr Stöcker erklärte vielmehr „die Entscheidung innerhalb der unabhängigen Partei werde bald getroffen werden".

Wenn diese Worte Stöckers zur Tatsache werden, dann wird die unabhängige Partei bald gewesen sein. In demselben Augenblick, in dem Kautsky ausgeschlossen wird, werden die Hilferding, Breitscheidt, Crispien und noch sehr viel andere den Weg zurückfinden zur alten Sozialdemokratie. Der Rest aber, der es liebt, gedankenlos radikalen Phrasenhelden nachzulaufen, dürfte ganz ins kommunistische Lager überschwenken, um dann in Gnaden in der Dritten Internationale aufgenommen zu werden.

Wir haben an sich gegen die unabhängige Selbstmordpolitik nichts einzuwenden, aber den letzten Rest von Achtung, den diese Leute noch in der Arbeiterbewegung besitzen, wäre unwiderruflich zum Teufel. Ist es schon unwürdig, daß Politiker, die Anspruch darauf erheben, ernst genommen zu werden, festgesetzt und kniefällig um Aufnahme in Moskau bitten, so wäre es geradezu eine Schande, wenn die deutschen Unabhängigen die ungezählten Backpfeifen und Fußtritte, die sie aus Moskau erhielten, mit dem Hinauswurf eines Kautskys aus ihrer Partei beantworten würden. Aber zuzutrauen ist ihnen alles, diesen zielbewußten Revolutionären.

Ausland.

Englands Zwang.

Paris, 3. Aug. „Echo de Paris" meldet aus London, daß Lloyd George sich geweigert hat, die Sowjetvertreter Krassin und Kamenew zu empfangen, da der Waffenstillstand mit Polen abgeschlossen und die Bedingungen dafür in Kraft getreten sein müßten, bevor er mit den beiden Bevollmächtigten der Sowjet-Republik verhandele.

Kundgebungen der Westungarn für Anschluß an Deutsch-Oesterreich. Der „Arbeiter-Zeitung" zufolge fanden Sonntag von den sozialistischen Vereinigungen in Westungarn verans-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200804-11/fragment/page=0003

stattete Versammlungen statt, in denen die ernstliche Durchführung des durch den Friedensvertrag von St. Germain gewährleisteten Anschlusses des westungarischen Burgenlandes an Deutsch-Oesterreich stürmisch gefordert wurde.

Die Türkei bekommt Frieden. Die Unterzeichnung des Friedensvertrags mit der Türkei wird am Donnerstag in Sevres stattfinden.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Urabstimmung über Weiterführung des Streiks.

Zittau, 3. Aug. Eine von 6—8000 Personen besuchte Versammlung beschloß heute vormittag, morgen eine Urabstimmung in den Betrieben über die Weiterführung des Streikes stattfinden zu lassen. Von den früheren Forderungen der Radikalen war nicht mehr die Rede. Man verlangte nur die Aufhebung des Belagerungszustandes. Ausschreitungen sind nicht vorgekommen. Der Bahnverkehr ist wieder aufgenommen.

Die polnisch-russischen Waffenstillstandsverhandlungen ausgesetzt.

London, 3. Aug. (Reuter.) Ein Moskauer Funkspruch meldet: Die Waffenstillstandsverhandlungen sind ausgesetzt worden. Die polnischen Delegierten kehren nach Warschau zurück, um von ihrer Regierung die Ermächtigung zur Unterzeichnung nicht nur des Waffenstillstandsvertrages, sondern auch der grundlegenden Friedensbedingungen, die die Sowjetregierung aufgestellt hat, zu erlangen.

Die Ostmesse in Königsberg infolge Transportarbeiterstreik verlegt.

Königsberg. Der unvermindert andauernde Transportarbeiterstreik hat das Meßamt der Stadt Königsberg veranlaßt, die für den 15. August angekündigte deutsche Ostmesse zu verlegen und nunmehr vom 26. September bis 1. Oktober abzuhalten. Sämtliche Vorbereitungen waren bis ins kleinste getroffen, lediglich die Unmöglichkeit, die Ausstellungsbesucher reibungslos und pünktlich nach dem Meßgelände zu überführen, war bestimmend für die Hinausschiebung des Meßtermins.

Lebensmittel-Kalender.

Verkauf von Schmalz. Der Verkauf von Schmalz findet am Sonnabend, den 7. August, statt. Es werden 100 Gramm je Kopf ausgegeben. Der Verkauf erfolgt durch die Fleischer, bei denen die Haushalte zur Kundenliste angemeldet sind, gegen Abtrennung der Marke 26 der Einfuhr-Zusatzkarte (Schmalz). Die Marken sind in üblicher Weise bis zum 9. August an das Stadternährungsamt abzuliefern. Der Verkaufspreis beträgt für 100 Gramm 3,50 Mark.

150 Gramm Fleisch. Die Verbrauchsmenge an Fleisch wird in dieser Woche auf 150 Gramm je Kopf festgesetzt. (Kinder unter 6 Jahren die Hälfte.) Es gelangt frisches Rindfleisch zur Ausgabe. Der Verkauf erfolgt am Sonnabend, den 7. August, durch die Fleischer, bei denen die Haushalte zur Kundenliste angemeldet sind, gegen Abgabe der Fleischmarken für die Woche vom 2. bis 8. August. Die Marken sind in üblicher Weise bis zum 9. August an das Stadternährungsamt abzuliefern. Der Verkaufspreis beträgt für 150 Gramm 3,30 Mark.

Städt. Verkauf von Brafett (kein Pflanzenfett), Reis, Armee-Konserven und Roß-Rot- und Leberwurst in der Talamtschule am Donnerstag. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 1—5000 vorm. von 8 bis 12 Uhr und 5001—10 000 nachm. von 2—6 Uhr. Gegen Vorlage des Lebensmittelscheines können an jede Person eines Haushaltes ½ Pfund Bratenfett zum Preise von 6 M für das halbe Pfund, ½ Pfund Reis zum Preise von 2,50 M für das halbe Pfund, ferner 1 Dose Armee-Konserven zum Preise von 6,50 M und eine ½-Kilo-Dose Roßwurst zum Preise von 5 M abgegeben werden. Abgezähltes Geld ist bereit zu halten.

Der freihändige Verkauf in der städt. Verkaufsstelle — Talamtschule — von: Knochenbrüh-Extrakt in 500-Gramm-Dosen zum Preise von 2 M, feinstem schwarzen Tee, ¼-Pfund-Paket 4 M und ½-Pfund-Paket 2 M, Trockenei (Ersatz für 5 Eier) 50 Gramm 4 M, Bohnen mit Fett, die Dose 1 M wird fortgesetzt.

Die Milchhändler werden hiermit aufgefordert, die Anmeldeabschnitte der jetzt noch zur Anmeldung kommenden Kunden mit Milchkarten der Klasse IV stets sofort dem Stadternährungsamt, Abteilung II, einzureichen. Eine Belieferung mit kondensierter Milch ist sonst nicht möglich.

Freibankverkauf. Zum Freibankverkauf am 5. August 1920 werden die Inhaber folgender Nummern zugelassen: Um 8 Uhr 2751—2850.

Halle, den 4. August 1920. **Der Magistrat.**

Abwaschbare
Dauerwäsche billiger!
C. Klappenbach,
Große Ulrichstraße 41.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Willi Lanske, für den Anzeigenteil: Wilhelm Herzig, beide in Halle. Druck und Verlag der Volksstimme G. m. b. H. zu Halle, Gr. Ulrichstr. 27.

Magenleidende welche die radioaktiven Neu-Ragoczy-Heilquellen-Hauskur **trinken** erzielen dauernde Heilerfolge. Ärztlich empfohlen. Verlangen Sie Prospekte der **Neu-Ragoczy Heilquellen**

Propaganda-Büro der Bad Neu-Ragoczy A.-G. in Halle a. S., Barfüsserstr. 7, Tel. 4687.

Sozialdemokratischer Verein für Halle u. Saalkreis
(gegr. 1889)

Am **Freitag, den 6. d. Mts., abends** ½8 Uhr,
spricht der Genosse
Richard Krüger, Merseburg,
Mitglied des Reichstags,
im **großen Saale der „Thalia", Geiststraße,**
in einer öffentl. Versammlung der S. P. D. über das Thema:

Spa — Genf — Moskau.

Schon in Anbetracht dieser wichtigen, unser politisches Leben bestimmenden Fragen ist es notwendig, daß unsere Genossinnen und Genossen vollzählig erscheinen und für einen Massenbesuch Sorge tragen.

Der Vorstand.

Wilhelmine Theuring,
Domplatz 9. — Telephon 5659
kauft noch sämtliche Rohprodukte zu hohen Tagespreisen!

Bei Einkäufen
bitten wir unsere Parteigenossen und Leser sich stets auf die Inserate in der „Volksstimme" zu beziehen.

Saison-Ausverkauf
vom 6ten bis 14ten August.
Billige Herren-Anzüge
Paletots — Bozener- u. Gummi-Mäntel
5000 fertige Arbeits-Hosen
Hammerschlag
36 Gr. Ulrichstraße 36.

BAUS
Eine großer Preissturz in Gardinen
ist unsere Ermäßigung von 20 Prozent auf die anerkannt billigen Verkaufspreise!
Methner/
Halle a. S. Leipziger-Str. am Leipziger Turm

Von der Reise zurück
Hans Schmidt,
Zahnpraxis
Leipzigerstr. 12, schräg gegenüber der Ulrichskirche.
Sprechzeit 8—1, 3—5.

Wir haben einen größen Posten dünnen Papier-
Bindfaden
im ganzen oder kiloweise preiswert abzugeben.
„Verlag Volksstimme", G. m. b. H., Gr. Ulrichstraße 27 Fernruf 5407.

Unterricht

Schwache Schüler
werden durch energischen
Nachhilfe-Unterricht
gründlich gefördert. Std. 2.— Off. u. V. St. 31 a. d. Exp. d. Bl.

Zu verkaufen

Pianos, neu und gebr.
auch auf Teilzahlung.
Stimmungen schnellstens
H. Lüders, Mittelstr. 9-10

Holzpantoffeln
nicht mit gefücktem Lederblatt,
nicht aus Tuchblatt,
nur aus gutem, ganzen Lederblatt
liefert billigst
Otto Fricke, Kl. Ulrichstr. 9, im Hof.
Wiederverkäufer Vorzugspreise. 1240

Für Schuhmacher!
Leder-Ausschnitt
„Maß-Schäfte"
in vorzüglichster Ausführung fertigt zu billigsten Tagespreisen an
F. Noah,
Lederhandlg., Schäftefabrik, Leipzigerstraße 16 gegenüber Café Horn.
Gummiabsätze billigst.

Rolladen Jalousien Markisen
usw.
liefert u. repariert Fach-Firma:
Hönemann
Büro jetzt: Sternstr. 8, Ecke Kl. Brauhausstr.
Fernspr. nur noch 5849.

ZOO!
Donnerstag, den 5. Aug., nachmittags 4—6 Uhr und abends 7½ bis 10½ Uhr:
KONZERT
vom **Philharm. Orchester** unter Leitung des **Gastdirigenten Tonmeister Ludwig Siede** aus **Berlin.**
Eintrittspreis:
Erw. 1 M., Kinder 0,50 M., ab 7 Uhr abds. Erw. 1.50 M., Kinder 1 M. bei gutem Wetter ab 10 Uhr abends:
Prachtfeuerwerk
von der pyrotechn. Kunstanstalt Gebr. Pfeiffer & Bock.

Apollo-Theater.
Anfg. 8 Uhr:
Der **Graf v. Luxemburg.**
Vorverk. 9—1 u. 5—7.

Reparaturen an Uhren
übernimmt bei solider Ausführung zu normal. Preisen
H. Lerner, Uhren-Reparatur-Werkstatt.
Gr. Steinstraße 85 (gegenüber Barfüßerstraße).

Wittekind, Freitag, den 6. August, abends 8 Uhr:
Populäres Sinfonie-Konzert
mit dem **Philharmonischen Orchester**
(auf **55 Musiker** verstärkt).
Solistin
Gertrud-Schüller-Kaetzel
(Opernsängerin).
Dirigent: Musikdirektor **Benno Plätz.**
Karten im Vorverkauf: Res. Platz 2,50 und 1.50 Mark bei H. Hothan, Gr. Ulrichstr. 38.
An der Kasse 3, 2 Mark, Kinder 1 Mark.
Näheres Plakate.

Achtung! Achtung!
Arb.-Radf.-Bund Solidarität,
Ortsgruppe Roßbach.
Sonntag, den 8. August findet von 2 Uhr an im Gebhof zu Lunstedt unser
12jähriges Stiftungsfest
verbunden mit Korsofahrt, Tombola, Preisschießen und Reigenfahren statt. Freunde und Gönner des Vereins sind herzlich willkommen.
Der Vorsitzende.

Bitterfeld

Zuckerkarten.
Die Ausgabe der **Zuckerkarten** für August erfolgt an
Donnerstag, den 5. August cr., von 8—12 Uhr für den Bezirke 1—3.
Donnerstag, den 5. August cr., von 2—5 Uhr, für den Bezirke 4—5,
Freitag, den 6. August cr., von 8—12 Uhr. für den Bezirke 6—8.
Freitag, den 6. August cr., von 2—5 Uhr, für den Bezirke 9—10
im **Döring**schen Konzerthause, Kaiserstraße 67, gegen Vorlegung der Brotscheine.
Bitterfeld, den 2. August 1920.
Der Magistrat. Richter.

Weißenfels

Freigabe von Baustoffen.
Wir geben hierdurch bekannt, daß einige Erleichterungen bei dem Freigabeverfahren für Baustoffe durch den Bezirkswohnungskommissar zugestanden sind. Interessenten können Näheres darüber auf dem Stadtbauamte Zimmer 3 erfahren.
Weißenfels, den 2. August 1920.
Der Magistrat.

Quarkverkauf.
Von heute mittag ab findet in nachstehend aufgeführten Geschäften gegen Abgabe der 1. Quarkmarke Verkauf von Speisequark statt. Auf jede Marke werden 200 Gramm zum Preise von 1.— Mk. abgegeben.
Die Abholung hat bis zum 5. 8. 1920 mittags zu erfolgen.
Weißenfels, den 2. August 1920.
Der Magistrat.

13. Buttermarke.
Vom Dienstag früh ab findet in den Buttergeschäften Verkauf von Auslandsschmalz statt.
Der Preis für ein Pfd. beträgt 15 Mk.
Auf jede Marke kann bis zu einem Pfd. entnommen werden.
Weißenfels, den 31. Juli 1920.
Der Magistrat — Lebensmittelamt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200804-11/fragment/page=0004

Partei-Angelegenheiten.

„Freier Sängerchor." Freitag abend 8 Uhr im Vereinslokal „Zum Schultheiß", Merseburger Straße 10, Singestunde! Es ist Pflicht aller Sänger pünktlich zu erscheinen.

Sonntag, den 8. August, Ausflug nach Schlettau auf Einladung des dortigen Gesangvereins. Treffpunkt Mittag ½1 Uhr am Hettstedter Bahnhof, Mansfelder Straße, Abmarsch Punkt 1 Uhr.

Sonntag, den 15. August, Ausflug nach Ammendorf und Umgegend unter Führung der Ammendorfer Genossen und Sangesbrüder. Mit einem anschließenden Tanzkränzchen. Treffpunkt Mittag ½2 Uhr Ecke Königs- und Merseburger Straße (am Schultheiß), Abmarsch Punkt 2 Uhr. Wir bitten alle Sangesbrüder und auch Parteigenossen nebst werten Angehörigen, welche für beide Ausflüge besonders eingeladen sind, recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen.

Der Vorstand.

Verbausschuß sozialdemokratischer Beamter. Am Mittwoch, den [illegible], um 7½ Uhr abends findet in Wilsdorfs Gesellschaftshaus, Karlstraße 14, eine **Versammlung der Vertrauenslente** des Verbausschusses sozialdemokratischer Beamter statt. Mit Rücksicht auf die wichtige Tagesordnung ist zahlreiches Erscheinen dringend erforderlich.

Der Vorstand.

Aus dem Stadtkreis.

Halle, 4. August 1920.

Ablehnung der W. A. V. durch die freien Angestelltengewerkschaften.

Das Mitteldeutsche Industriegebiet steht im Brennpunkt der Kämpfe um die Betriebsräte. Die Wirtschaftliche Räte-Organisation (W. R. O.) — Die A. D. G. B. und Afa.

Das Ortskartell Halle der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände (Afa) nahm in einer Mitglieder-Versammlung am 1. August Stellung zu der, für die weitere Entwicklung der Arbeiter- und Angestellten-Bewegung wichtigen Frage, nachdem die, dem Ortskartell der Afa angeschlossene Ortsgruppe des Zentralverbandes der Angestellten in einer Mitgliederversammlung am 29. Juli sich für die W. R. O. aussprach. Die Ortsgruppe Halle des Z. d. A. wird am 10. August seine Mitgliedschaft nochmals befragen.

Vor den Mitgliedern der Afa-Verbände sprach am 1. August Herr **Noerpel-Berlin über „Der Kampf um die Betriebsräte". Der Referent ging auf die Entwicklung der Bewegung und auf den jetzigen Stand ein. Er wies darauf hin, daß die Afa die zwischen der Berliner Gewerkschaftskommission und der Münzstraße getroffene Einigung ablehne.** Der Referent stand auf dem Standpunkte, **daß es im Interesse der Bewegung ein Zusammengehen mit der Münzstraße und der Halleschen Richtung (W. R. O.) nicht geben dürfe und daß die Afa auch in Mitteldeutschland sich an einer derartigen Einigung nicht beteiligen würde.** In der Diskussion sprach **ein Angestelltenrats-Mitglied** der Leunawerke für die Zusammenfassung der Betriebsräte in einer selbständigen Organisation (W. R. O.). **Die folgenden Diskussionsredner und der Referent haben die von dem Vertreter der Leunawerke für seine Stellungnahme vorgebrachten Gründe widerlegt.** Die versammelten **Mitglieder der Afa-Verbände** (auch die anwesenden Delegierten der **Betriebsräte**) nahmen mit großer Mehrheit nachstehende Entschließung an:

Die am 1. August 1920 im „Volkspark" versammelten Mitglieder der Afa — Ortskartell Halle — angeschlossenen Angestelltengewerkschaften stehen auf dem Standpunkte, daß die Erfassung der Betriebsräte nach den von der Afa und A. D. G. B. aufgestellten Richtlinien zu erfolgen hat. Sie lehnen ein Zusammengehen mit der W. R. O. ab und verurteilen aufs schärfste jede Zersplitterung der Arbeiter- und Angestellten-Bewegung, die die Folge einer selbständigen Betriebsräte-Organisation sein muß. Die Versammelten billigen den von der Afa in Berlin eingenommenen Standpunkt und lehnen ihrerseits eine Einigung, wie sie zwischen der Berliner Gewerkschaftskommission und der Rätezentrale in der Münzstraße abgeschlossen wurde, ab, da sie in dieser Einigung eine den Aufgaben unserer Bewegung entsprechende Lösung der Schwierigkeiten nicht erblicken können.

Die Abstimmung der von den Vertretern der W. R. O. eingebrachten Entschließung erübrigte sich dadurch.

Die Rechtsanwalts- und Notariatsangestellten im Lohnkampf.

In Sachen des Verbandes der Rechtsanwalts- und Notariatsangestellten, Ortsverein Halle gegen die Vereinigung Hallischer Rechtsanwälte wegen Regelung der Gehaltsbedingungen ist auf Grund der mündlichen Verhandlung vom Schlichtungsausschuß folgender Schiedsspruch ergangen und verkündet:

1. § 7 des geltenden Tarifvertrages und die Zusatzbestimmungen vom 12. Januar 1920 werden wie folgt geändert:

Gruppe I: Lehrlinge im ersten Lehrjahre männlich 40 Mk., steigend halbjährlich um 20 Mk., bis zu 120 Mk. — Weibliche erhalten 10 v. H. weniger. Die im Tarif vorgesehene Dienstprämie von 7 Mk. bleibt bestehen.

Gruppe II: Männliche Angestellte bis zu 18 Jahren 280 Mk., bis zu 21 Jahren 400 Mk., über 21 Jahre 450 Mk. Weibliche Angestellte erhalten 10 v. H. weniger.

Gruppe III: Männliche unverheiratete Angestellte bis 25 Jahre 540 Mk., über 25 Jahre 650 Mk., verheiratete bis 25 Jahre 560 Mk., über 25 Jahre 700 Mk.

Gruppe IV: Männliche unverheiratete Bürovorsteher bis 30 Jahre 800 Mk., von 30 bis 35 Jahren 925 Mk., über 35 Jahre 1000 Mk., verheiratete bis 30 Jahre 840 Mk., von 30 bis 35 Jahren 980 Mk., über 35 Jahre 1120 Mk.

Für weibliche Angestellte in Gruppe III und IV ist gestattet: bei einem Gehalt bis 600 Mk. einschl. ein Abschlag von 10 v. H., bei einem Gehalt über 600 Mk. einschl. ein Abschlag von 15 v. H., jedoch soll der 15proz. Abschlag kein Gehalt unter 550 Mk. ergeben.

2. Die Sätze sind rückwirkend ab 1. Mai 1920 zu zahlen.

Die Arbeitgeber haben sich dem Schiedsspruch nicht unterworfen.

Der Tarif für das Handels- und Transportgewerbe rechtsverbindlich.

Vom Deutschen Transportarbeiterverband wird uns geschrieben:

Der zwischen dem Arbeitgeberverband für das Handels- und Transportgewerbe für Halle und Umgegend e. V. und dem Deutschen Transportarbeiterverband, Verwaltungsstelle Halle S. und Umgegend, am 1. Februar 1920 abgeschlossene Mandeltarifvertrag nebst Nachtrag vom 30. April d. J. ist zur Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen für die Arbeiter und Arbeiterinnen im Handels- und Transportgewerbe gemäß des § 2 der Verordnung vom 23. Dezember 1918 (Reichsgesetzblatt S. 1456) **für das Gebiet der Stadt Halle S. sowie der Orte Ammendorf, Beesen, Radewell, Osendorf, Wörmlitz-Böllberg, Passendorf, Nietleben, Dölau, Lettin, Sennewitz, Seeben, Möglich, Diemitz, Reideburg-Schönnewitz, Bruckdorf und Kanena durch das Reichsarbeitsministerium für allgemein rechtsverbindlich erklärt worden.** Die Rechtsverbindlichkeit beginnt mit dem 1. Juni d. J.

Volkswirtschaftliche und juristische Beratungsstelle.

Anfrage. Bitte um Auskunft in folgender Frage: Wie kann ein Verein, der nicht eingetragen ist, den Kassierer zur Herausgabe sämtlicher Belege und Gelder zwingen; es handelt sich dabei um einen Sportverein, welcher durch Stimmenmehrheit dem Arbeiterturn- und Sportbund beigetreten ist, 19 Stimmen waren dagegen. Unter diesen befindet sich auch der Kassierer, der sich nun weigert, die Kasse an die verbleibenden Mitglieder abzutreten. Die 19 haben sich an demselben Abend noch abgemeldet. N. N.

Antwort. Ein Verein erlangt durch Eintragung in das Vereinsregister Rechtsfähigkeit. Er kann also namentlich Grundstücke erwerben. — Nach Ihrer Fragestellung handelt es sich nun aber um einen nicht eingetragenen Verein, aus dem 19 Mitglieder ausgeschieden sind. — Dieser alte Verein kann gegen jeden, der Vermögenswerte des Vereins hinter sich hat, klagen. Die Mitglieder des alten Vereins bilden eine sogenannte Streitgenossenschaft. — Am besten ist es also, die Mitglieder des alten Vereins bevollmächtigen ein Mitglied, gegen das ausgetretene Mitglied, welches Gelder oder Vermögensstücke hinter sich hat, Klage zu erheben. Dieser ist zur Herausgabe des Vereinsvermögens selbstverständlich verpflichtet.

Spa-Genf-Moskau

sind die

Brennpunkte

des gegenwärtigen weltpolitischen Lebens. Pflicht aller Volksgenossinnen und -Genossen ist es, die dort aufgerollten,

für die Zukunft des deutschen Volkes

so außerordentlich wichtigen Probleme kennen zu lernen.

Gelegenheit dazu wird allen hallischen Wählerinnen und Wählern am Freitag, den 6. d. M., gegeben. An diesem Tage spricht der Reichstagsabgeordnete Gen. Rich. Krüger-Merseburg abends 8 Uhr

im Thalia

über alle diese Fragen.

Unsere Genossen müssen für einen Massenbesuch Sorge tragen. Jeder orientiere sich über

die weltpolitische Lage!

Wo man Preise abbauen soll.

Die Seifenpreise.

Kürzlich sind neue und — natürlich — erhöhte Seifenpreise festgesetzt worden. Das war gerade zu der Zeit, als die neue Regierung mit dem deutschvolksparteilichen Wirtschaftsminister ihre Tätigkeit zu entfalten begann. Obschon Herr Scholz, der neue Mann, versprochen hatte, die Zwangswirtschaft abzubauen, merkt man wenig davon. Die Dinge haben sich mittlerweile soweit entwickelt, daß das möglich wäre. „Der Seifenhandel", die Fachzeitschrift der Seifenbranche, behauptet nämlich, daß die im Inlande hergestellte, weniger gute Seife viel zu teuer im Verhältnis zur besten Auslandseife sei. Dasselbe gelte vom Seifenpulver. Warum baut man also nicht ab?

Die Antwort gibt der Geschäftsbericht der Seifenherstellungs- und Vertriebsgesellschaft. Das Vermögen der Gesellschaft beläuft sich auf 24½ Millionen Mark. Um aber die Bestände des Reichsausschusses für Oele und Fette übernehmen zu können, hat die Gesellschaft einen Bankkredit in Höhe von 150 Millionen Mark aufnehmen müssen. Das ist ein im Geschäftsleben einzig dastehender Fall, daß einer Gesellschaft, deren Vermögen 24½ Millionen Mark betragen soll, ein Bankkredit in Höhe von 150 Millionen Mark gewährt wurde. Es ergibt sich die Frage, auf welche Sicherheiten hin denn die Großbanken diesen Riesenkredit gewährt haben. Die Antwort kann nur die sein: **Die Banken sind in der bestimmten Annahme, die Zwangswirtschaft der Seife dauere so lange, bis die den Bankkredit in Anspruch nehmende Gesellschaft in der Lage ist, denselben abgedeckt zu haben.**

Aus den obigen Darlegungen ergibt sich die Preisgestaltung, die einer Auswucherung der Verbraucherkreise gleichkommt, die also solange andauern soll, bis die Gesellschaft ihre Verpflichtungen abgetragen hat und nebenbei den Gesellschaften Riesengewinne zugeflossen sind. Mit dieser Wirtschaft muß Schluß gemacht werden! Als Sozialdemokraten streben wir die Sozialisierung auch dieses Wirtschaftszweiges an, dessen Reife für die Sozialisierung allerdings noch recht unzureichend ist. Das ändert jedoch nichts daran, daß die Sozialisierung auch hier angestrebt und eingeleitet wird. Inzwischen muß aber eine andere Regelung getroffen werden, die nur in der Aufhebung der gegenwärtigen Bewirtschaftung bestehen kann. Durch eine planmäßige Regelung der Einfuhr von Seifenfabrikaten und vor allen Dingen, um die deutsche Seifenindustrie aufrechtzuerhalten und neu zu beleben, durch eine Steigerung der Einfuhr von Rohstoffen wird eine ausreichende billigere Seifenversorgung Deutschlands gewährleistet. Daß bei der Auflösung der Seifenherstellungs- und Betriebsgesellschaft das vorhandene Vermögen der Reichskasse zufließt, ist eine Selbstverständlichkeit, die allerdings dem gegenwärtigen Reichswirtschaftsministerium herrschenden Kurs gegenüber nicht ausdrücklich genug betont werden kann.

Unser Kasseler Parteiorgan berichtet gleichzeitig über die Verdienste bei dem Seifenhandel, die zeigen, um welchen Betrag die Ware verteuert wird, wenn sie durch mehrere Hände geht. Danach stellen sich die Preise für: Kernseife: Einkauf 6,78 ℳ, Verkauf 10 ℳ, Gewinn 3,22 ℳ oder 47 Prozent; Feinseife: Einkauf 3,90 ℳ, Verkauf 5 ℳ, Gewinn 1,61 ℳ oder 48 Prozent; Rasierseife: Einkauf 1,70 ℳ, Verkaufspreis 2,50 ℳ, Gewinn 0,80 ℳ oder 48 Prozent; Seifenpulver (½ Pfund): Einkauf 2,38 ℳ, Verkaufspreis 3,50 ℳ, Gewinn 1,12 ℳ oder 47 Proz.

Diese Gewinne erzielen die beiden Firmen deshalb, weil sie zugleich Einkäufer, Großhändler und Kleinhändler sind. Jedenfalls sind diese „Gewinne" das, was man gemeinhin als Wucher bezeichnet.

Postscheckschwindler bei der Arbeit!

In der letzten Zeit mehren sich die Fälle, in denen größere Firmen durch Postscheckschwindler um namhafte Geldbeträge geschädigt werden. Durch das sichere Auftreten eines solchen Betrügers und durch die geschickte Art, wie er zu Werke ging, hat sich unlängst eine hallesche Firma täuschen lassen und einen Verlust von 53 000 Mark erlitten.

Der Täter wird beschrieben: Etwa 30 Jahre alt, 1,70 Meter groß, schlank, schmales, verlebtes Gesicht mit auffallend breiten Backenknochen, dunkles Haar, sehr schwacher Schnurrbart. Er trägt gewöhnlich Brille ohne Einfassung; einmal hat er auf dem linken Fuß gehinkt und über dem linken Auge eine schwarze Binde getragen, das andere Mal hatte er ein weißes Leinenpflaster auf der linken Backe und hat nicht gehinkt. Die linke Schulter ist etwas höher als die rechte; auch wird er als ausgewachsen bezeichnet. Seine Kleidung ist verschieden. Im allgemeinen macht er den Eindruck eines Lebemannes. Irgendwelche sachdienliche Angaben erbittet die Kriminalpolizei.

Die Ausbeute der Wucherstelle.

In der Zeit vom 1. bis 31. Juli 1920 sind durch die bei der Polizeiverwaltung eingerichtete Wucherstelle und die Eisenbahn-Ueberwachungsbeamten folgende im Schleichhandel erworbene Gegenstände beschlagnahmt worden: 47¼ Pfund Butter, 143 Pfund Hammelfleisch, 514 Pfund Rindfleisch, 111 Pfund Kalbfleisch, 10 Pfund Schweinefleisch, 38 Pfund Wurst, 2802 Pfund Mehl, 613 Stück Brötchen, 165 Pfund Gerste, 100 Pfund Mohn, 6½ Pfund Zucker, 252 unversteuerte Zigaretten, 1 komplettes Gewindeschneidezeug, 1 Automagnet, 1 Stahlhelm, 1 Prismenglas, 1 weiße Lazarettdecke, 3 wollene Decken, 1 Ankerfahrrad, 4 Fläschchen Morphium, 3 Patentflaschen Chloräthyl und 56 Ballon Schwefelsäure. Die beschlagnahmten Lebensmittel wurden, soweit von den zuständigen Behörden nicht anderweit über sie verfügt war, dem Stadternährungsamt und dem Kriegsbrotausschuß hier überwiesen. Ueber die anderen Waren haben die Strafverfolgungsbehörden oder die zuständigen Reichsstellen zu verfügen.

* **Erhöhte Anrechnung der Dienstzeit während des Krieges.** Dem Reichstag ist der Entwurf eines Gesetzes über eine erhöhte Anrechnung der während des Krieges zurückgelegten Dienstzeit zugegangen. Danach wird bei der Berechnung von Ruhegehältern und Renten nach dem Reichsbeamtengesetz von 1917, dem Off.-Pens.-Ges. von 1906 und dem Mannschaftsversorgungsgesetz von 1906 zu der in den Zeitabschnitten vom 1. August 1914 bis 31. Dezember 1918 im Reichs- oder militärischen Dienst verbrachten Zeit, sofern sie mindestens sechs Monate betragen hat, die Hälfte hinzugerechnet. Nach einem anderen Entwurf, der demnächst ebenfalls dem Reichstag zugehen wird, soll allen Beamten, die im Kriege auch als Nichtkriegsteilnehmer Dienst getan haben, auf ihr Besoldungsdienstalter der Zeitraum von 4½ Kriegsjahren 1½fach angerechnet werden. Die Bestimmung gilt auch für Lehrer.

Ehrentafel. Im Schaufenster der Tapeten-, Linoleum- und Teppichhandlung von Arnold & Troitsch, Gr. Ulrichstraße, sind in dieser Woche zwei Ehrentafeln ausgestellt, welche die hallischen Buchdrucker ihren gefallenen 78 Kollegen gewidmet und am vorigen Sonntag in einer stimmungsvollen Gedenkfeier eingeweiht haben. Diese Tafeln, das Resultat eines Preisausschreibens, sind in künstlerisch vollendeter Weise hergestellt und wir wollen nicht versäumen, unsere Leser ganz besonders darauf hinzuweisen.

* **Unterstützt die Aermsten!** Bei der letzten Monatssitzung der der Wohltätigkeitsvereinigung „Zigarrenköpfchensammler" hierselbst, wurde bekannt gemacht, daß Unterstützungen für arme Waisenkinder bedeutend zunehmen, Spenden aber weniger eingehen. Sämtliche Mitglieder widmen sich der löblichen Aufgabe, Kleinigkeiten, die meist unbeachtet bleiben, zu sparen, um aus dem Erlös die Bedürftigen (von der Armendirektion dahin geprüft), vorzugsweise solche gefallener Krieger, mit Kleidungsstücken, Schuhwerk usw. zu versorgen. Damen wie Herren aller Kreise werden gebeten, Zigarrenköpfchen, unbrauchbare Zigarren, Zigarrenbänder, Flaschenkorke, Flaschenkapseln, Silberstaniol, was auf Wunsch gern abgeholt wird, nicht fortzuwerfen, sondern abzuliefern. Pakete von außerhalb werden dankbar angenommen. Geldsendungen wolle man dort ebenfalls oder dem Leiter der Vereinigung, Kaufmann Reinhold Aßmann, Gr. Ulrichstr. 49, übermitteln, wo auch das Uebrige abgegeben werden kann.

* **Verkehrsverein Halle a. S.** Ueber die Erleichterung der Einreisebewilligung nach der Schweiz wird von amtlicher Seite gemeldet, daß eine Anmeldung innerhalb der Schweiz nur noch am ersten Aufenthaltsort und zwar durch den Hotelier erforderlich ist. Die schweizerischen Gesandtschaften und Konsulate erteilen das Visum nach Prüfung der Unbescholtenheit des Gesuchstellers und nach Feststellung des einwandfreien Reisezweckes gegen eine Gebühr von 25 Mark für einen Aufenthalt bis zu drei Monaten. Im Wesentlichen wird große Bewegungsfreiheit zugesichert.

Zoologischer Garten. Auf die morgen, Donnerstag, 5. August, nachmittags 4 Uhr und abends 7½ Uhr stattfindenden Konzerte vom Philharmonischen Orchester unter Leitung des Gastdirigenten Ludwig Siede aus Berlin sei nochmals empfehlend hingewiesen. Bei gutem Wetter Prachtfeuerwerk. (Siehe Anzeige.)

* **Beths Bunte Bühne** feierte gestern das Jubiläum einjährigen Bestehens. Das vielseitige Programm wurde von dem ausverkauften Hause mit vielem Beifall und in bester Laune aufgenommen. Reiche Blumengeschenke zu Ehren der Direktion gaben der Bühne einen prächtigen Rahmen. In bunter Fülle wechselten Gesang und Spiel, Ernstes und Heiteres, wobei Freunde der Kleinkunst voll auf ihre Rechnung kamen. Herr Direktor Beth dankte in längerer Rede für die bisherige Unterstützung seines Unternehmens und erbat sie sich auch für die kommende Zeit, da er gewillt ist, nur Gutes zu bieten.

Gestohlen wurde ein Elektromotor, Fabriknummer 236 271 A. E. G., Typ D. K. 20/4a, 500 Volt, 1400/00 Touren, 4,10 Amp., 2 K.-W. Vor Ankauf wird gewarnt. Sachdienliche Mitteilungen werden bei der Kriminalpolizei in Halle (Zimmer 68 und 71) entgegengenommen.

Der gefährliche Bahnübergang in der Turmstraße. Gestern vormittag wurde an der Bahnüberführung in der Turmstraße ein Lastkraftwagen von einem Güterzug angefahren. Der entstandene Schaden ist beträchtlich. Personen sind dabei nicht zu Schaden gekommen.

Durch Unvorsichtigkeit erschossen. In der elterlichen Wohnung in der Zwingerstraße wurde die 20 Jahre alte ledige Schwester von ihrem acht Jahre alten Bruder, der mit einem geladenen Revolver hantierte, aus Unvorsichtigkeit erschossen.

Einbruch. In der verletzten Nacht wurde in ein Zigarrengeschäft in der Goethestraße eingebrochen. Hierbei wurden Zigarren und Zigaretten im Werte von über 3000 Mark gestohlen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200804-11/fragment/page=0005

Provinz und Umgegend.

An die Ortsvereine!

Unseren Ortsvereinen empfehlen wir, in den öffentlichen und Mitgliederversammlungen die Verhandlungen in Spa im Zusammenhang mit der gesamten politischen Lage im Osten zur Tagesordnung zu stellen. Wenn auch die gegenwärtige Jahreszeit für Versammlungen nicht gerade günstig ist, so ist doch die Frage der Erfüllung des Friedensvertrages, sowie die damit im Zusammenhang stehende Steuerfrage und andere Gegenwartsfragen derart wichtig, daß wir dazu in Versammlungen Stellung nehmen müssen.

Der Vorstand des sozialdemokratischen Bezirksverbandes.
J. A.: R. Drescher.

Rednerkursus Merseburg!

Unser Rednerkursus wird nicht, wie angekündigt, Freitag, den 6. d. M., sondern Freitag, den 13. d. M., abends 7 Uhr im „Gasthof zu den drei Schwänen" eröffnet. Genossen aus Merseburg und Umgegend, die gewillt sind, an dem Unterricht teilzunehmen, werden gebeten, ihre Adresse sofort wie möglich an den Genossen Paul Bauer-Merseburg, Annenstr. 19 (Parteisekretariat), einzusenden.

Die reaktionären Schwindelzentralen „enthüllen" weiter.

Die Reaktionäre wehren sich mit Händen und Füßen gegen die baldigst durchzuführende Entwaffnung ihrer aus den Kapptagen herübergeretteten Flinten- und Pistolenorganisationen. Baltikumer, Pfeffer-Garden und reaktionäre Einwohnerwehren in Bayern usw. sollen weiterhin in heiliger Dreieinigkeit auf die breite Masse der Bevölkerung gehetzt werden. Um aber einen Anlaß zu finden, nach welchem man das Verbleiben dieser Kreuzritter des Schutzes der frommen Bürger vor den reifenden bewaffneten Arbeiterwölfen vor der Oeffentlichkeit begründen kann, werden jetzt in Deutschland von gebefreudigen Großagrariern und Industriekapitänen Millionen an Geldern in Bewegung gesetzt, deren geheimnisvolles Wirken sich in letzter Zeit des öfteren bemerkbar machte und dabei auch die Korruption eines gewissen Teiles der bürgerlichen Presse bloßlegte.

Um die Waffen behalten und vor allem um die Oeffentlichkeit über die eigenen Vorbereitungen täuschen zu können, hat man sich mit den Millionen der Schwerindustrie eine eigne Organisation geschaffen: die „Deutsche Wirtschaftshilfe" und ihre Zweigunternehmungen, die in treuem Zusammenarbeiten mit militärischen Stellen Schwindelberichte über Rote Armeen und Vorbereitungen zur Bolschewisierung Deutschlands verbreiten.

Ein Schwindel schlägt den andern tot, und noch ist das Gelächter über den Reinfall der „Magdeburgischen Zeitung" und deren getreue Nachäffer, „Hall. Allg. Ztg.", „Halleische Zeitung" usw., nicht verhallt, da tauchen neue Schwindelmeldungen auf.

Da es Sisiphusarbeit wäre, wenn man versuchen wollte, alle sich über Deutschland in unermeßlicher Fülle ergiessenden Schwindelmeldungen zu widerlegen, geben wir nur einen Musterbericht wieder, der aus der gleichen Quelle stammt wie das „Geheimabkommen" von Memel.

Der Bericht hat deshalb für uns ein Interesse, weil er Halle sozusagen als A. O. K. der roten Armee kennzeichnet. Wir entnehmen ihm folgendes:

Genaue Stärke der Roten Armee am 25. Juli.

Das russische Hauptquartier hat eine Aufstellung der Truppe der Roten Armee in Deutschland am 15. Juli verlangt und am 25. Juli hat die Truppe den Stärkenachweis eingereicht, der am 29. Juli mit dem Rote-Armee-Kurier Fritzi dem Russen Karscheff überreicht wurde, der in der gleichen Nacht abgefahren ist.

Erläuterung: 1. Sämtliche Gewehre sind Modell 98 (Deutsches Fabrikat); 2. die genannten Namen sind jedesmal der militärische und der Zivilführer, die Führer der Ober- und Unterkommandos von der 4. bis 7. Armee stammen aus dem Stabe der Roten Armee und haben sich schon alle auf ihre Posten begeben; 3. Freiberr von Richthofen ist als militärischer Leiter in Halle geblieben, während Leutnant v. Brinken die technische Truppe (Pionier-Bataillon 4) übernimmt. Leutnant Lautenschläger bleibt als persönlicher Adjutant des Freiberrn v. Richthofen in Halle. Von den dem Stabe angehörenden Russen bleiben Tscherin, Roschie, Gorlard und Tantsanow ebenfalls in Halle; 4. außer diesen befinden sich noch 7 von den alten Zuführern in Halle; 5. die Rote-Armee-Unterkünfte hat noch 11 Funkenstationen und 42 vollständige Feldbatteriekolonnen zur Verfügung, mehrere fahrbare Feld- und Windstationen. Diese Sachen werden hier dann den Armeegruppen zugeteilt, wenn dieselben in Marsch gesetzt werden.

Es folgen dann weitere Angaben über die Zusammensetzung des Stabes in Halle und über die Stärke von neun Armeegruppen, nämlich in Halle, Berlin, Hamburg, Braunschweig, Breslau, Schneidemühl, Plauen, Erfurt und Nürnberg. Die Stärkenachweisung an Armeegruppe 1 Halle lautet:

1. Stab in Halle:

50 Führer mit Pistolen versehen; 65 Schreiber, Ordonnansen und Kuriere ebenfalls mit Pistolen versehen. — Bagage: 1 Feldküche, 3 Bagagewagen, 1 Küche.

Armeegruppe I.

Oberkommando Halle.
Unterkommando Leipzig: Major von Tegelin.
Franz Nackusch für Halle.
Leutnant Finke, Artilleriekommandeur für Leipzig.

Gesamtstärke: Leitoffiziere und Mannschaften 53 221 Mann, eingeteilt in 212 Kompagnien zu 250 Mann, 1 Sammelkompagnie, 154 Maschinengewehre, 70 Flammenwerfer, 1 gemischte Batterie, bestehend aus 4 Geschützen (2 zu 7,5, 1 zu 12, 1 zu 15 Langrohr), 320 Bagagewagen. Jeder Mann hat Gewehr, Seitengewehr, 1 Handgranaten, 52 Minenwerfer, Munition pro Mann 60 Schuß, SS-Patronen, jedes Maschinengewehr 5 Gurte zu 250 Schuß, Flammenwerfer 4 Gebläse, 80 Sprenggranaten zu 7,5, 4pfd. zu 12,5, 40 zu 15 Zentimeter, 200 Minen.

Nach dem gleichen Muster sind die Nachweisungen für die übrigen Oberkommandos ausgefertigt, so daß sich eine Gesamtstärke der Roten Armee von 484 293 Mann, 14 235 Maschinengewehren und die entsprechende Anzahl von Minenwerfern, Flammenwerfern, Geschützen und Munition usw. ergibt!

Es ist einwandfrei festgestellt, daß dieser Bericht in Magdeburg hergestellt und an die bekannten Zentralen in Berlin, aber auch an Behörden weitergegeben wurde; er ist auf dem gleichen Papier wie der Geheimbericht der „Magdeburger Zeitung" mit Schreibmaschine hergestellt und hat weder einen Kopf noch eine Unterschrift — genau wie der Geheimbericht.

Ueber die anderen Spitzelberichte sind an den zuständigen Stellen Erkundigungen eingezogen worden. Wir erhalten darüber von der Pressestelle des Oberpräsidenten folgenden Bericht:

Nach eingezogenen Erkundigungen ermächtigte der Oberpräsident von Ostpreußen, Siehr, die Pressestelle des Oberpräsidiums Magdeburg zur Abgabe folgender Erklärung: Die Behauptung der Königsberger „Allgemeinen Zeitung" vom 28. Juli, daß ihre Berichte, welche eine Zusammenkunft unabhängiger und bolschewistischer Führer über einen eventuellen Einmarsch der roten russischen Armee betreffen, von zuständiger Stelle herrührten, entspricht nicht den Tatsachen. Eine derartige Mitteilung wurde vom Oberpräsidenten von Königsberg nicht herausgegeben, da die sofort angestellten Ermittelungen irgendwelche Anhaltspunkte für das Stattfinden einer Unterredung der bezeichneten Art nicht ergeben haben.

Ob die „Rote Gespenster"-Presse à la „Hall. Allgem. Ztg.", „Hall. Ztg." usw., nun endlich ihren gründlichen Reinfall erkennen wird? Wir glauben es nicht, denn dort gibt es kein Erwachen.

Warnung vor Teilnahme an Banden-Felddiebstählen.

Das Landratsamt des Saalkreises teilt uns mit:

In Teilen des Saalkreises haben in der gegenwärtigen Erntezeit die Banden-Felddiebstähle einen Umfang und einen Charakter angenommen, die volkswirtschaftlich eine ganz empfindliche Schädigung und Erschwerung der Volksernährung verursachen und strafrechtlich nicht mehr unter den Begriff des einfachen Felddiebstahls fallen, sondern die Kennzeichen der mit schwersten Gefängnis- und Zuchthausstrafen bedrohten Handlungen an sich tragen.

Banden bis zu fünfzig, hundert Personen ziehen unter Führung bewaffneter Männer auf ein abgeerntendes Feld. Es werden Posten ausgestellt, die auf diejenigen scharfe Schüsse abgeben, welche das Grundstück vor unberechtigten Eingriffen schützen wollen. Dann werden die Aehren abgeschnitten oder auch mit den Halmen abgemäht und die Beute wird fortgetragen oder fortgefahren. Abgesehen davon, daß derartige Räubereien den Besitzern der Feldgrundstücke beträchtliche materielle Verluste bringen, wird bei dem Abschneiden der Aehren so unvernünftig gehaust, daß mindestens ebensoviel Brotkorn zerstampft und sonst verwüstet wie gestohlen wird.

Es muß selbstverständlich gegen eine Verwilderung und Verwirrung der Rechtsbegriffe, wie sie im Auftreten solcher organisierter Diebesbanden zum Ausdruck gelangt, mit allen gesetzlichen Mitteln vorgegangen werden. Und es kann nicht ausbleiben, daß es dabei nicht nur zu zahlreichen Verhaftungen, sondern auch zu Blutvergießen kommt. Ich mache deshalb alle Einwohner des Saalkreises auf die sehr ernsten Folgen aufmerksam, die das unbesonnene und rechtswidrige Auftreten bei Felddiebstählen zweifellos nach sich ziehen wird.

Reichskonferenz der Arbeitsinvaliden.

Der Zentralverband der Arbeitsinvaliden und andere Zivilinvaliden-Organisationen traten am 24. Juli in Essen zu einer Reichskonferenz zusammen, an der über 100 Delegierte aus dem ganzen Reiche teilnahmen. Nach Referaten des Verbandsvorsitzenden Lüneburg (Frankfurt a. M.), der Stadtverordneten Balser (Elberfeld), Heermann (Duisburg) und Subke (Berlin) wurde die Einheitsorganisation unter dem Namen „Zentralverband der Invaliden und Witwen Deutschlands" gegründet. Dieser Verband soll alle nicht kriegsbeschädigten Invaliden Deutschlands und deren Hinterbliebene umfassen und zählt zurzeit rund 60 000 Mitglieder.

Die Richtlinien des neuen Verbandes wurden festgelegt; mit allen Kräften soll die wirtschaftliche Sicherstellung der Invaliden und Witwen angestrebt werden. Die Armenpflege wird angesichts der unbeschreiblichen Not, in der sich diese Kreise befinden, als völlig unzureichend und dazu kränkend und beleidigend für die Fürsorgeberechtigten angesehen. Soziale Hilfseinrichtungen in ähnlichem Aufbau wie die der Kriegsbeschädigtenfürsorge werden auch für die Arbeitsinvaliden und deren Hinterbliebenen gefordert, dazu Ausbau der Sozialversicherung. Gegen den Ausschluß der Arbeitsinvaliden und Arbeitsveteranen aus der Erwerbslosenfürsorge auf Grund des § 6a wurde lebhafter Protest erhoben. Man bedauerte, daß noch weite Kreise der Bevölkerung, auch die Reichsregierung, so wenig Verständnis für die Wünsche und die Not der Arbeitsinvaliden haben.

Als Verbandsvorsitzende wurden Lüneburg (Frankfurt am Main) und Steffes (Hamborn) gewählt. Bis zur endgültigen Uebersiedlung nach Berlin wurde Frankfurt a. M. als Verbandssitz bestimmt. Alle Anfragen und Anmeldungen sind an den Verbandsvorsitzenden Joh. Lüneburg, Frankfurt a. M., Saalgasse 38, Zimmer 58, zu richten.

Wittenberg. Raub von Lohngeldern. Vier maskierte Wegelagerer überfielen zwei Angestellte der Bergwitzer Braunkohlenwerke und raubten unter Bedrohung mit dem Revolver, die für das Werk bestimmten Lohngelder in Höhe von 150 000 M.

Sandersleben. Erschossen. In der Sonnabendnacht kam es gelegentlich eines größeren Felddiebstahls in hiesiger Flur zu einer Schießerei, in deren Verlauf der Former Fritz Rost von hier durch einen Bauchschuß tödlich verletzt wurde.

Grothkiemig. Die Schieberplage. Uns wird geschrieben: In unserem Orte „arbeitet" schon seit einigen Tagen ein Schieber aus Großenhain, dessen Namen wir auf Verlangen gern bekannt geben würden. Der Landjäger scheint von der Anwesenheit dieses Ehrenmannes von der Schieberzunft noch keine Ahnung zu haben, und doch wäre es wünschenswert, daß diesem sauberen Herrn endlich einmal das Handwerk gelegt wird. Während des letzten Winters „arbeitete" der Schieber ebenfalls in unserem Orte. Damals „tauschte" er die sonst nirgends aufzutreibende Hefe gegen Butter um. Diesmal „verkauft" er „Auslandszucker". Bezahlung muß ebenfalls wieder in Butter erfolgen. Taxe ist: 1 Pfd. Zucker für ½ Pfd. Butter. Außerdem halten sich im Orte noch zwei Engros-Schieber aus Dresden auf, die für das Pfund Butter 30 Mk. und mehr bieten. Auch deren Namen würden wir auf Verlangen nennen. Hoffentlich werden wir hier bald von diesen Parasiten befreit.

Schiidau. Mitgliederversammlung. Am letzten Sonntag fand unsere Monatsversammlung beim Gen. Karl Schumann statt. Gen. Giede erstattete den Bericht über die Falkenberg stattgefundene Unterbezirksversammlung des Kreises Torgau-Liebenwerda, welcher von den zahlreich erschienenen Genossen mit regem Interesse angehört wurde. Gen. Münder stellte den Bericht zur Debatte. Bei der Abstimmung wurden die dort gefaßten Beschlüsse einstimmig angenommen. Es wurde weiter beschlossen, das Sommervergnügen am 7. August beim Gastwirt Hebereck abzuhalten. Beim dritten Punkt der Tagesordnung Wahl eines Delegierten zum Parteitag wurde der Gen. Otto Dietrich-Falkenberg einstimmig gewählt.

Aus aller Welt.

Ein menschlicher „Straußenmagen". Menschen mit „Straußenmagen" werden häufiger beobachtet, die Nägel, Nadeln oder andere Dinge, die durchaus nicht in den Magen hineingehören, ohne merkliche Schädigung verschluckt haben. Der erstaunlichste Fall dieser Art wurde von den beiden englischen Aerzten Bandell und Wills festgestellt. Sie hatten eine Patientin, die im Alter von 23 Jahren in das Irrenhaus gebracht werden mußte und nach sieben Jahren dort starb. Man hatte während dieser Zeit keine Störung ihres Magens beobachtet, hatte auch nie gesehen, daß sie etwa Nägel oder Stecknadeln verschluckt hätte. Nach ihrem Tode zeigte sich nach der Leichenöffnung aber, daß sie geradezu unheimliche Mengen von eisernen Gegenständen verschluckt hatte, die alle im Magen liegengeblieben waren. Man fand dort einer Art Ausbeuteling, die sich gebildet hatte, nicht weniger als 1400 Stück Nägel, Nadeln, Schrauben und andere Metallgegenstände, die zusammen über 2000 Gramm wogen. Einige spitze Gegenstände hatten auch die Magenwand durchbohrt, waren jedoch hier eingekapselt, so daß auch sie das Leben der Geisteskranken nicht weiter gefährdeten.

Gewerkschaftliches.

Die Ausbildung der Betriebsräte.

Das Betriebsrätegesetz ist nach den heftigsten Kämpfen in Parlament, Parteien, Gewerkschaften, Arbeitsgemeinschaften usw. endlich in Kraft getreten, die Betriebsräte sind gewählt und sollen nun arbeiten. Und sie arbeiten ja auch: ich bin überzeugt, jeder nach bestem Wissen und Können. Aber hier liegt der Hase im Pfeffer. Was können die Betriebsräte? Sind sie tatsächlich imstande, ihrer Aufgabe gerecht zu werden? Um das zu erkennen, muß man sich klar werden, welche Aufgaben die Betriebsräte allgemein im Interesse der Arbeiterschaft zu erfüllen haben.

Die Betriebsräte sollen doch wohl (wie auch die linksorientierte Arbeiterschaft wünscht) die Führer sein in dem großen Kampf zwischen Kapital und Arbeit, der jetzt auch tatsächlich immer schärfer entbrennt und der letzten Endes zur Ueberwindung der kapitalistischen und Einführung der sozialistischen Wirtschaftsform führen soll. Zwar wird man die Betriebsräte nur als Unterführer bezeichnen können, aber es ist bei diesem Riesenkampf doch unbedingt notwendig, daß auch die Unterführer genügend ausgebildet und mit dem nötigen Rüstzeug versehen sind.

Es ist das große Elend der Betriebsräte und damit der Gesamtarbeiterschaft, daß von den maßgebenden Instanzen dieser Notwendigkeit bis jetzt nicht in genügendem Maße Rechnung getragen worden ist. Wohl hatte der Vollzugsrat der S. P. D. und D. P. zu Anfang dieses Jahres damit begonnen und eine Schule eingerichtet, die auch viel Erfolg gezeitigt hat, aber dann hörten die Kurse plötzlich auf.

Was sieht man jetzt statt dessen? Seit über drei Monaten tobt ein zäher und hartnäckiger Kampf — meist unter der Oberfläche — über die richtige und allein seligmachende Organisation der Betriebsräte. Mannigfaltig ist das Feldgeschrei: Die Betriebsrätesekretariat S. P. D., die Gewerkschaftskommission, die Betriebsrätezentrale Münsterstraße, und ebenso vielfältig ist das erstrebte Ziel: wirtschaftliche Betriebsräte, Betriebsräte mit politischem Einfluß und schließlich „unverfälschtes" Rätesystem. Und bei alledem wird das Wichtigste vergessen, nämlich die Betriebsräte für den eigentlichen Zweck ihres Daseins zu geeigneten Streitern auszubilden. Auch hier tobt sich wieder der Hauptfehler der Deutschen aus, die Organisationswut. In den vielen Versammlungen, die in den letzten Wochen und Monaten für die Betriebsräte einberufen worden sind, war das Thema stets die Organisationsfrage und vor allen Dingen das Wichtigste die Streitigkeiten über den Einfluß dieser oder jener Richtung, Abgrenzung der einzelnen Industriegruppen, Verhältnis der Zahl der Arbeiter- und Angestelltenvertreter und so fort. Das sind sicher alles Fragen von ungeheurer Bedeutung, aber der Kernpunkt wurde dabei immer wieder vergessen, nämlich die Ausrüstung der Betriebsräte mit dem unbedingt nötigen Wissen.

Darum ist die allerdringeste Aufgabe der Gewerkschaftskommission, für die Betriebsräte endlich einmal etwas Positives zu leisten und so schnell als möglich Schulen und Kurse zur Ausbildung der Betriebsräte einzurichten und die Organisations- und Kompetenzstreitigkeiten als Fragen sekundärer Natur zu behandeln. Sonst wird die Kraft der Gewerkschaftsführer sowohl als auch die der Betriebsräte mit diesen kleinlichen Streitigkeiten unnütz aufgerieben und durch die ewig dauernden Streitereien auch die Kampfesfreudigkeit der Arbeiterschaft allgemein geschwächt, denn ein Ende dieser kleinlichen Zänkereien ist augenblicklich noch gar nicht zu erkennen. Derweilen rüstet sich das Unternehmertum immer mehr, raubt uns allmählich eine Position nach der andern und macht den Betriebsräten den Kampf fast zur Unmöglichkeit.

Diese Mahnung richtet sich natürlich in erster Linie an die Vertreter der Arbeiterschaft in der Gewerkschaftskommission, denn die Asa hat die Notwendigkeit der Ausbildung der Betriebsräte längst erkannt und handelt auch nach dieser Erkenntnis.

Sollte aber die Gewerkschaftskommission versagen, so erwächst unserer Partei, in diesem Falle der Bezirksorganisation Groß-Berlin, die Pflicht, die am Schluß der Frühjahrskurse den Teilnehmern versprochene Weiterführung der Kurse durchzuführen.

Auch Sie müssen wissen dass dieser Scheinfriede keine Dauer hat. Lesen Sie Stampfer: „Von Versailles zum Frieden" (Preis 4 Mk. u. 20% Aufschlag, Buchhandl. Volksstimme, Gr. Ulrichstr. 27) dann wird es Ihnen klar was Spa bedeutet!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200804-11/fragment/page=0006